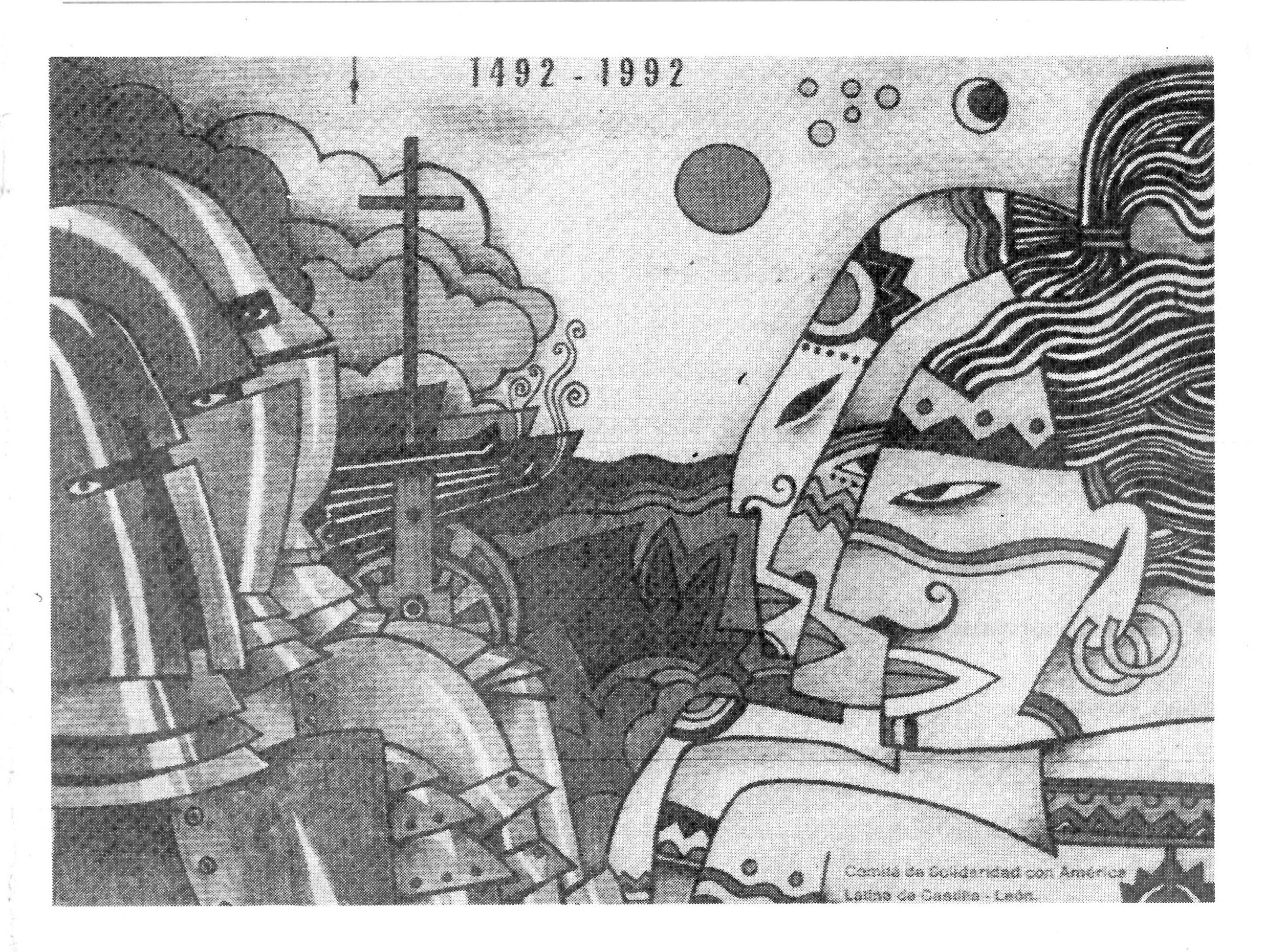
INTERIM
auswärts 3 DM
Wöchentliches Berlin-Info
2,50 DM




ES IST NICHT NOTWENDIG, DIE WELT ZU EROBERN.
ES REICHT, SIE NEU ZU SCHAFFEN.
DURCH UNS. HEUTE.
(Subcomandante Marcos)

Im Januar 96 gab die Zapatistische Befreiungsarmee EZLN in Mexiko ihren Vorschlag zur Durchführung eines
**Intergalaktischen Treffens für die Menschheit und gegen den Neoliberalismus**
vom 27.7.- 3.8.96 in Chiapas bekannt. Dieser soll unter weltweiter Beteiligung in den zapatistischen Gebieten stattfinden.
Als Vorbereitung schlägt die EZLN Kontinentale Kongresse - auf denen über die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Folgen des Neoliberalismus diskutiert werden soll - in Asien (Tokio), Afrika (Ort ungewiß), Amerika (La Realidad,Chiapas) Ozeanien (Sidney) und Europa (Berlin) vor.

Nr. 363 15.2.1996






Mode, Marmor, (




Ordner:
ak kassiber zu Lübeck
Mörderland Deutschland/ Veranstaltung mit
Cafe Morgenland in Frankfurt, Amandastr.58
am 18.2 um 17 Uhr
Die Geschichte wiederholt sich (zu den
Anklagen gegen AnarchistInnen in Italien
Infos zu den 4 Beugehaft-Gefangenen in
Frankfurt (Fritzlarer Straße)

"Da tickt ein Zeitbombe"

Kaufen wie reiche ...

**Liebe FrauenLesben !**

Welche von Euch hat Lust, die

**FrauenLesben Demo am Walpurgistag, 30.4.96
mit vorzubereiten?**

Wir wollen eine bunte, starke, politische Demo gegen Rassismus und Sexismus und unsere Wut, aber auch unseren Spaß auf die Straße bringen.

Am **Sonntag, den 18.2., um 16Uhr** treffen wir uns im **Frauenzentrum, Stresemannstr.40**, um mit Euch zusammen über die Inhalte und den Ablauf zu diskutieren.

Im Moment sind wir eine kleine Gruppe von Frauen, die Lust haben, eine peppige Frauen Demo zu machen. Themen gibt's genug.
Gesucht werden Frauen, die dies mit vorbereiten wollen.

Falls Einige an diesem Termin nicht können, meldet Euch unter Tel.2512828, Frauennotruf, für weitere Infos.

**Impressum**

**Herausgeberin:**
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
~~1000 Berlin 61~~
10961
**Redaktionsanschrift:** s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

**Gesamtherstellung:**
Eigendruck im Selbstverlag





**ES IST NICHT NOTWENDIG, DIE WELT ZU EROBERN.**
**ES REICHT, SIE NEU ZU SCHAFFEN.**
**DURCH UNS. HEUTE.**
**(Subcomandante Marcos)**

Im Januar 96 gab die Zapatistische Befreiungsarmee EZLN in Mexiko ihren Vorschlag zur Durchführung eines **Intergalaktischen Treffens für die Menschheit und gegen den Neoliberalismus** vom 27.7.- 3.8.96 in Chiapas bekannt. Dieser soll unter weltweiter Beteiligung in den zapatistischen Gebieten stattfinden.
Als Vorbereitung schlägt die EZLN Kontinentale Kongresse - auf denen über die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Folgen des Neoliberalismus diskutiert werden soll - in Asien (Tokio), Afrika (Ort ungewiß), Amerika (La Realidad,Chiapas) Ozeanien (Sidney) und Europa (Berlin) vor.
Die Kontinentalen Treffen sind nicht als reine Solidaritätsveranstaltungen gedacht, sondern als Diskussionsforen, auf denen vor allem auch über die Kämpfe und Widerstände gegen die Neue Weltordnung und die jeweiligen Utopien in den verschiedenen Regionen der Welt geredet wird.
Diesen Vorschlag der EZLN sehen wir als Möglichkeit und Herausforderung an. Wir halten es für wichtig, auf gesamteuropäischer Ebene zusammen zu kommen und unsere unterschiedlichen Erfahrungen kennenzulernen. Gleichzeitig ist uns klar, daß dieser Kongreß nur erfolgreich sein kann, wenn er von möglichst vielen Menschen und Gruppen gemeinsam organisiert wird. Das gilt sowohl für inhaltliche als auch technische Aufgaben.
Der Verlauf des geplanten Europäischen Kongresses wird wesentlich von der Beteiligung der in- und ausländischen Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen abhängen. Diese bestimmen während der Vorbereitungszeit und im Verlauf des Kongresses die thematischen Schwerpunkte und die Art und Weise der Durchführung.
Wir stellen uns dezentrale Diskussionsrunden zu verschiedenen Aspekten des europäischen Alltags vor, wie z.B. Ausgrenzung von Minderheiten, Abschaffung des Asylrechts, Aktivitäten von Frauen und ihre Situation, Gentechnologie, Sozialabbau, Repression, Pressezensur, Kampf für Wohnraum und libertäre Zentren, Utopien einer gerechteren Welt...

Um uns durch inhaltliche Diskussionen und Aktionen näherzukommen, planen wir, das **Europäische Treffen gegen den Neoliberalismus am Pfingstwochenende (25.-27.Mai 96) in Berlin** durchzuführen.
Dabei sind wir auf aktive Unterstützung vor allem der Berliner Gruppen angewiesen. Wir rufen alle auf, sich an den Vorbereitungen inhaltlich und vor allem auch organisatorisch zu beteiligen. Nur wenn wir alle diesen Kongreß als gemeinsame Möglichkeit begreifen, hat er Sinn und verspricht Erfolg.

---

Kontakt: Solidaridad Directa und
Mexiko-Gruppe im FDCL
Mehringhof
Gneisenaustr.2a
10969 Berlin
Tel.6934029 FAX 6926590

**Achtung!**
Noch ist nicht **endgültig** entschieden, wann und wo der Kongreß stattfinden soll!

Das 1. BERLINER VORBEREITUNGSTREFFEN für den Kongreß wird am Mittwoch, den 21.2.96 um 19.30 Uhr in den Räumen des FDCL (Aufgang 3, 5.Stock) im Mehringhof stattfinden.

Über die weitere Verbreitung der Deklaration soll auf dem nächsten Bundestreffen der Mexiko-Solidaritätsgruppen in Hannover am 16.-18. Februar diskutiert werden (anmelden bei Jürgen Otte, Davenstedterstr. 48, 30449 Hannover, 0511-455288, tagsüber: 0511-455804). Danach wird es also weitere Treffen zur Erklärung und zu dem europäischen kontinentalen Treffen als Vorbereitung auf das interkontinentale Treffen vom 27. Juli bis zum 3. August 1996 in den zapatistischen »Aguascalientes« in Chiapas, Mexico, geben.

# Der Aufruf zum „intergalaktischen“ Kongreß der Zapatistas

## Erste Deklaration von La Realidad
## Gegen den Neoliberalismus und für die Menschheit

„Ich bin schon gekommen,
ich bin hier schon anwesend,
ich, der Sänger.
Genießet die gute Stunde,
kommt alle hierher Euch vorzustellen,
die Ihr betrübten Herzens seid.
Ich erhebe mein Lied.“
Náhuatl-Gedicht

An die Völker der Welt:

Brüder und Schwestern:
In den letzten Jahren hat sich die Macht des Geldes eine neue Maske über ihr kriminelles Gesicht gezogen. Über Grenzen hinweg, ohne Rücksicht auf Rassen und Hautfarben erniedrigt die Macht des Geldes die Würde, beleidigt sie die Ehrlichkeit und ermordet sie die Hoffnung. In „Neoliberalismus“ hat sich das historische Verbrechen der Privilegien, Reichtümer und Straffreiheiten umbenannt, es demokratisiert jetzt das Elend und die Hoffnungslosigkeit.
Ein neuer Weltkrieg wird ausgetragen, aber jetzt gegen die gesamte Menschheit. Wie in allen Weltkriegen geht es um eine Neuverteilung der Welt.
Unter dem Namen der „Globalisierung“ rufen sie zu diesem modernen Krieg, der mordet und vergißt. Die Neuverteilung der Welt besteht darin, die Macht in der Macht zu konzentrieren und das Elend im Elend.
Die Neuverteilung der Welt schließt die „Minderheiten“ aus. Indígenas, Jugendliche, Frauen, Homosexuelle, Lesben, Farbige, ImmigrantInnen, ArbeiterInnen, Campesinos; die Mehrheiten, welche die weltweiten Keller bilden, stellen für die Macht entbehrliche Minderheiten dar. Die Neuverteilung der Welt schließt die Mehrheiten aus.
Das moderne Heer des Finanzkapitals und der korrupten Regierungen schreitet voran und erobert in der einzigen Art und Weise, in der es zu erobern weiß: durch Zerstörung. Die Neuverteilung der Welt zerstört die Menschheit.
Die Neuverteilung der Welt hat nur Platz für das Geld und seine Diener. Männer, Frauen und Maschinen werden gleichgesetzt in ihrer Knechtschaft und ihrer Entbehrlichkeit. Die Lüge herrscht und vervielfältigt sich in Medien und Erscheinungsformen.
Eine neue Lüge wird uns als Geschichte verkauft. Die Lüge der Niederlage der Hoffnung, die Lüge der Niederlage der Würde, die Lüge der Niederlage der Menschheit. Der Spiegel der Macht bietet uns zum Ausgleich: die Lüge des Sieges des Zynismus, die Lüge des Sieges der Unterwürfigkeit, die Lüge des Sieges des Neoliberalismus. Statt Menschheit bieten sie uns Börsenkurse, statt Würde bieten sie uns die Globalisierung des Elends, statt Hoffnung bieten sie uns die Leere, statt Leben bieten sie uns die Internationale des Schreckens.
Gegen die Internationale des Schreckens, die der Neoliberalismus darstellt, müssen wir die Internationale der Hoffnung erheben. Die Einheit, jenseits der Grenzen, Sprachen, Hautfarben, Kulturen, Geschlechter, Strategien und Gedanken, all derer, denen eine lebende Menschheit lieber ist.
Die Internationale der Hoffnung. Nicht die Bürokratie der Hoffnung, nicht die Kehrseite, die dadurch dem so ähnlich ist, das uns zerstört. Nicht die Macht mit neuem Zeichen, in neuen Kostümen. Ein Atemzug, ja, ein Atemzug der Würde. Eine Blume, ja, eine Blume der Hoffnung. Ein Lied, ja, ein Lied des Lebens.
Die Würde ist jenes Vaterland ohne Nationalität, jener Regenbogen, der gleichzeitig eine Brücke ist, jenes Murmeln des Herzens, egal, wessen Blut es belebt, jene rebellische Ehrfurchtslosigkeit, die Grenzen, Zölle und Kriege verhöhnt.
Die Hoffnung ist jene Aufsässigkeit, die Konformismus und Niederlagen ablehnt.

Das Leben ist das, was sie uns schulden: das Recht, zu regieren und uns zu regieren, zu denken und handeln in einer Freiheit, die nicht über die Sklaverei anderer ausgeübt wird, das Recht, zu geben und zu nehmen, was gerecht ist.
Aus all diesen Gründen, und zusammen mit denen, die jenseits von Grenzen, Rassen und Hautfarben mit uns das Lied des Lebens, den Kampf gegen den Tod, die Blume der Hoffnung und den Atemzug der Würde teilen...
Richtet sich das **Ejército Zapatista de Liberación Nacional**
An alle die, die für die menschlichen Werte der Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit kämpfen.
An alle die, die sich darum bemühen, dem weltweiten Verbrechen namens „Neoliberalismus“ zu wiederstehen, und danach streben, daß die Menschheit und die Hoffnung, besser zu werden, zu Synonymen der Zukunft werden.
An alle Individuen, Gruppen, Kollektive, Bewegungen, soziale, politische und Bürgerrechts-Organisationen, an alle Gewerkschaften, Nachbarschaftsorganisationen, Kooperativen, an alle vergangenen und zukünftigen Linken, Nicht-Regierungsorganisationen und Gruppen der Solidarität mit den Kämpfen der Völker der Welt, Banden, Stämme, Intellektuelle, Indígenas, Studierende, MusikerInnen, ArbeiterInnen, KünstlerInnen, LehrerInnen, Campesinos, Kulturinitiativen, Jugendbewegungen, alternative Medien, Umweltbewegte, Slumsiedler, Lesben, Homosexuelle, Feministinnen, PazifistenInnen.
An alle Menschen ohne Haus, ohne Land, ohne Arbeit, ohne Nahrung, ohne Gesundheit, ohne Bildung, ohne Freiheit, ohne Gerechtigkeit, ohne Unabhängigkeit, ohne Demokratie, ohne Frieden, ohne Vaterland, ohne Morgen.
An alle die, die gleich welcher Hautfarben, Rassen oder Grenzen die Hoffnung zu ihrer Waffe und ihrem Schild machen.
Und lädt sie ein zum
**Ersten Interkontinentalen Treffen für die Menschheit und gegen den Neoliberalismus,** das zwischen den Monaten April und August 1996 in den fünf Kontinenten nach folgendem Veranstaltungsprogramm stattfindet:
Erstens:
Kontinentale Vorbereitungsversammlungen im Monat April 1996 an folgenden Orten:
1.– Europäischer Kontinent: in Berlin, Deutschland.
2.– Amerikanischer Kontinent: in La Realidad, Mexico.
3.– Asiatischer Kontinent: in Tokio, Japan.
4.– Afrikanischer Kontinent: Ort steht noch nicht fest.
5.– Ozeanischer Kontinent: in Sidney, Australien.
ANMERKUNG.– Die kontinentalen Veranstaltungsorte können geändert werden, wenn die organisierenden Gruppen es so beschließen.
Zweitens:
Interkontinentales Treffen für die Menschheit und gegen den Neoliberalismus, vom 27. Juli bis zum 3. August 1996 in den zapatistischen „Aguascalientes“ in Chiapas, Mexico.
Mit den folgenden Grundsätzen:
THEMEN:
Arbeitsgruppe 1.– Wirtschafliche Aspekte dazu, wie unter dem Neoliberalismus gelebt wird, wie ihm widerstanden wird, wie gekämpft wird, sowie Vorschläge dafür, wie gegen ihn und für die Menschheit zu kämpfen ist.
Arbeitsgruppe 2.– Politische Aspekte dazu, wie unter dem Neoliberalismus gelebt wird, wie ihm widerstanden wird, wie gekämpft wird, sowie Vorschläge dafür, wie gegen ihn und für die Menschheit zu kämpfen ist.
Arbeitsgruppe 3.– Soziale Aspekte dazu, wie unter dem Neoliberalismus gelebt wird, wie ihm widerstanden wird, wie gekämpft wird, sowie Vorschläge dafür, wie gegen ihn und für die Menschheit zu kämpfen ist.

Arbeitsgruppe 4.– Kulturelle Aspekte dazu, wie unter dem Neoliberalismus gelebt wird, wie ihm widerstanden wird, wie gekämpft wird, sowie Vorschläge dafür, wie gegen ihn und für die Menschheit zu kämpfen ist.

ORGANISATION:

Die Vorbereitungsversammlungen in Europa, Asien, Afrika und Ozeanien werden von den Kommittees der Solidarität mit dem zapatistischen Aufstand, ihnen nahestehenden Organisationen und Gruppen von BürgerInnen organisiert, die am Kampf gegen den Neoliberalismus und für die Menschheit interessiert sind. Wir rufen die Gruppen aller Länder dazu auf, gemeinsam an der Organisierung und Durchführung der Vorbereitungsversammlungen mitzuwirken.

Das Interkontinentale Treffen für die Menschheit und gegen den Neoliberalismus, das vom 27. Juli bis zum 3. August 1996 in Chiapas, Mexico, staatfindet, wird vom EZLN sowie von mexikanischen BürgerInnen und Nicht-Regierungsorganisationen organisiert, die rechtzeitig bekanntgegeben werden.

AKKREDITIERUNG:

Die Akkreditierungen für die Vorbereitungsversammlungen in den 5 Kontinenten werden von den entsprechenden Organisationskomitees vorgenommen, die sich dafür in Europa, Asien, Afrika, Ozeanien und Amerika bilden werden.

Die Akkreditierungen für das Treffen in Chiapas, Mexico, werden von den verschiedenen Komitees der Solidarität mit dem zapatistischen Aufstand, mit dem chiapanekischen Volk und mit dem mexikanischen Volk in ihren jeweiligen Ländern vorgenommen; sowie in Mexico durch ein Organisationskomitee, deren Zusammensetzung rechtzeitig bekanntgegeben wird.

Allgemeine und interkontinentale Anmerkung: Alle nicht in diesem Aufruf vorgesehenen Details werden von den entsprechenden Organisationskomitees – was die kontinentalen Vorbereitungstreffen angeht – und – bezüglich des Treffens in Chiapas, Mexico – vom interkontinentalen Organisationskomitee entschieden.

Brüder und Schwestern:

Die Menschheit lebt in unserer aller Brust, und sie bevorzugt, wie unser Herz, die linke Seite. Wir müssen sie finden, wir müssen uns finden.

Es ist nicht notwendig, die Welt zu erobern. Es reicht, sie neu zu schaffen. Durch uns. Heute.

**Demokratie! Freiheit! Gerechtigkeit!**

Aus den Bergen des mexikanischen Südostens

Für das **Comité Clandestino Revolucionario Indígena – Comandancia General del Ejército Zapatista de Liberación Nacional, Subcomandante Insurgente Marcos**

Mexico, im Januar 1996

*(Übersetzung aus de Spanischen: gd/Zapapres)*

# Brief des Sub Marcos an das 5. europäische Soli-Treffen

## (stark gekürzt)

(...)

Wir wissen, daß Ihr auf Eurem Treffen viele Anliegen zu behandeln habt, doch wir bitten Euch, Euch für diese – in Duritos Worten „intergalaktische" – Angelegenheit ein wenig Zeit zu nehmen.

Dazu möchten wir folgendes sagen:

Wir schlagen Euch vor, daß für den europäischen Kontinent die Vorbereitungsversammlung für das Interkontinentale Treffen für die Menschheit und gegen den Neoliberalismus in der ersten Aprilwoche 1996 in Berlin, Deutschland, stattfindet.

Wir fügen hinzu, daß es sich nur um einen Vorschlag handelt, und selbstverständlich akzeptieren wir es, wenn Ihr einen anderen Ort wählt. Egal ob es in Berlin oder an welchem Ort auch immer stattfindet – wir bitten Euch, die entsprechende örtliche Gruppe zu unterstützen. Wir müssen damit beginnen, eine neue politische Kultur durchzusetzen, in der die Einheit Früchte trägt. Und was könnte diese neue Politik besser verdeutlichen, als daß diese Versammlung (und die der anderen Kontinente) das Ergebnis einer internationalen Arbeit und nicht nur die des ausrichtenden Landes ist. Wäre das nicht ein Versuch, die Internationale der Hoffnung zu gründen? Laßt uns also auch in diesem Sinne die Grenzen überwinden.

Ich möchte gern erklären, warum wir als Ort für die europäische Vorbereitungsversammlung Berlin vorschlagen. Jetzt könnte ich natürlich behaupten, daß ich das CCRI dazu bringen will, mich als Delegierten zu schicken, und daß ich schon immer Deutschland kennelernen wollte, oder daß ich (als Marcos wegen der marcos, der D-Mark) nur meinen Narzißmus pflegen möchte. Dies alles stimmt auch, ist aber nicht der Hauptgrund.

Wie die „Erste Deklaration von La Realidad" besagt, hat uns die Macht eine Lüge als Wahrheit verkauft, die Lüge unserer Niederlage. Ohne sich viel darum zu kümmern, uns tatsächlich zu besiegen, hat die Macht uns einzureden versucht, wir seien besiegt. Wer? Wir, Ihr, alle, die wie wir denken, daß eine Welt möglich und notwendig ist, in der die Demokratie, die Freiheit und die Gerechtigkeit ihren bequemen Platz in Utopien und Bibliotheken verlassen und zu uns kommen, um mit uns zu leben (und zu kämpfen, was eine herrliche Art zu leben ist).

Auf der Lüge unserer Niederlage hat die Macht die Lüge ihres Sieges errichtet. Und die Macht hat den Fall der Berliner Mauer als Symbol ihrer Allmächtigkeit und Ewigkeit gewählt. Auf den Trümmern der Berliner Mauer hat die Macht eine noch größere und stärkere Mauer errichtet: die Mauer der Hoffnungslosigkeit.

Die Mauer steht nach wie vor. Sie ist Teil der Geschichte, aber sie bedeutet nicht die Niederlage der Hoffnung und den Sieg des Zynismus. In Berlin liegt eine Scherbe des zerbrochenen Spiegels, den wir als Geschichte geerbt haben.

So wie Alice entdeckt, daß sie, um die Rote Königin zu erreichen, rückwärts gehen muß, müssen wir uns der Vergangenheit zuwenden, um voranzuschreiten und besser zu werden. In der Vergangenheit können wir Wege für die Zukunft entdecken. Und wir, Ihr, streben nach nichts Größerem als nach Zukunft. Daher ist die Vergangenheit wichtig. Wenn etwas Neues geboren wird, dann nur, weil etwas Altes stirbt. Aber im Neuen kann sich das Alte ausbreiten und die Zukunft verschlingen, wenn wir es nicht umzingeln, es kennenlernen, ihm zusprechen und zuhören, kurzgefaßt, die Angst vor ihm verlieren.

Ein Symbol? Ja, ein Symbol. Warum nicht zu etwas Neuem gerade dort ansetzen, wo das Alte liegengeblieben ist? Was haben wir zu verlieren? Nichts, außer unserer Angst, unserer Scham, unserer Gewissensbisse... und unserer Alpträume.

Warum nicht mit einem Symbol beginnen? Warum nicht wieder dort zu gehen beginnen, mitten in dem Symbol, das die Macht für das Ende der Geschichte und für die Ewigkeit ihrer Herrschaft hält? Warum lesen wir nicht mit unseren Händen jene Scherbe des zerstörten Spiegels auf? Vielleicht verletzen wir uns die Hände, vielleicht aber gelingt es uns, durch eine Spalte ihres Spiegelbildes hindurch den Kristall zu erblicken, den wir erstreben, den wir uns verdienen...

Berlin. In der ersten Aprilwoche des Jahres 96. 7 Jahre danach. 7 mal 7 die 7 gehen. Berlin. Warum nicht?

Gut, ich schicke Euch nochmals unsere Grüße und Wünsche, daß alles gut gelingen möge auf Eurem V. Europäischen Treffen der Solidarität mit dem Zapatistischen Aufstand.

Gut. Grüße, und auf daß wir gemeinsam die Rote Königin finden.

Aus den Bergen des mexikanischen Südostens.

**Subcomandante Insurgente Marcos**

Mexico, im Januar 1996

P.S. als Warnung an die NATO.– Durito hat seine Idee, in Europa zu landen und die Eroberung Europas zu beginnen, nicht aufgegeben.

(...)

# VIERTE ERKLÄRUNG
# DES LAKANDONISCHEN URWALDS

(Vorgelesen am 1. Januar 1996 in Oventic von der Kommandantin Ana María)

Heute sagen wir:
Hier sind wir!
Wir sind die rebellische Würde, das vergessene Herz unseres Landes!
1. Januar 1996

An das Volk von Mexiko:
An die Völker und Regierungen der Welt:

Brüder und Schwestern:
Die Blume des Wortes wird nicht sterben. Sterben kann das verborgene Gesicht, das es heute ausspricht, aber das Wort, das aus der Tiefe der Geschichte und der Erde kam, kann nicht mehr vom Hochmut der Macht ausgerissen werden.
Wir wurden in der Nacht geboren. In ihr leben wir. In ihr werden wir sterben.
Aber das Licht wird morgen für die meisten leuchten, für all die, die in der Nacht weinen, für die, denen der Tag verweigert wird, für die, denen der Tod ein Geschenk ist, für die, denen das Leben versagt ist. Für alle das Licht. Für alle alles. Für uns Schmerz und Kummer, für uns die rebellische Freude, für uns die verweigerte Zukunft, für uns die aufständische Würde. Für uns nichts.
Wir kämpfen, um uns Gehör zu verschaffen, und die schlechte Regierung verströmt Hochmut und verstopft sich die Ohren mit Kanonen.
Wir kämpfen gegen den Hunger, und die schlechte Regierung bewirtet die Mägen unserer Kinder mit Blei und Papier.
Wir kämpfen um ein würdiges Dach über dem Kopf, und die schlechte Regierung zerstört unser Haus und unsere Geschichte.
Wir kämpfen um Wissen, und die schlechte Regierung verteilt Unwissenheit und Verachtung.
Wir kämpfen um Land, und die schlechte Regierung bietet Friedhöfe an. (...)
Wohnraum, Land, Arbeit, Brot, Gesundheit, Erziehung, Unabhängigkeit, Demokratie, Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden. Das waren unsere Fahnen im Morgengrauen von 1994. Das waren unsere Forderungen in der langen Nacht der 500 Jahre. Das sind unsere Forderungen heute. (...)
Unser Blut und unser Wort entzündeten ein kleines Feuer in den Bergen, und wir trugen es vor das Haus der Macht und des Geldes. Brüder und Schwestern aus anderen Ländern und anderen Sprachen, mit einer anderen Hautfarbe, aber dem gleichen Herzen, schützten unser Licht und nährten ihre jeweiligen Feuer in ihm.
Der Mächtige kam, um uns mit seinem starken Wind auszulöschen, aber unser Licht wuchs in anderen Lichtern. Der Reiche träumt davon, das erste Licht zum Erlöschen zu bringen. Es ist nutzlos, es gibt viele Lichter und alle sind erste Lichter.
Der Hochmut der Macht will eine Aufsässigkeit zum Erlöschen bringen, die sie in ihrer Unwissenheit in der Morgendämmerung von 1994 ansiedelt. Aber die Aufsässigkeit, die heute einen dunklen Teint hat und die wahre Sprache spricht, ist nicht erst jetzt entstanden. Zuvor hatte sie in anderen Sprachen und in anderen Gegenden gesprochen. In vielen Bergen und vielen Geschichten ist die Aufsässigkeit gegen die Ungerechtigkeit vorangeschritten. Sie hat bereits in den Sprachen Nahuatl, Paipai, Kiliwa, Cucapa, Cochimi, Kumiai, Yuma, Seri, Chontal, Chinanteco, Pame, Chichimeca, Otomü, Mazahua, Matlacinca, Ocuilteco, Zapoteco, Solteco, Chatino, Papabuco, Mixteco, Cuicateco, Triqui, Amuzgo, Mazateco, Chocho, Izateco, Huave, Tlapaneco, Totonaca, Tepehua, Popoluca, Mixe, Zoque, Huasteco, Lacandón, Maya, Chol, Tzeltal, Tzotzil, Tojolabal, Mame, Teco, Ixil, Aguacateco, Motocintleco, Chicomucelteco, Kanjobal, Jacalteco, Quiché, Cakchiquel, Ketchi, Pima, Tepehüan, Tarahumara, Mayo, Yaqui, Cahita, Opata, Cora, Huichol, Purépecha und Kikapü gesprochen. Sie sprach und spricht Spanisch. Die Aufsässigkeit ist keine Frage der Sprache, sie ist eine Frage der Würde und des Menschseins.
Sie bringen uns um, weil wir arbeiten. Sie bringen uns um, weil wir leben. Es gibt keinen Ort für uns in der Welt der Macht. Auch weil wir kämpfen, werden sie uns umbringen, aber so schaffen wir uns eine Welt, in der wir alle Platz haben, und alle werden wir ohne den Tod im Wort leben. Sie wollen uns das Land wegnehmen, damit unser Gang keinen Boden mehr hat. Sie wollen uns die Geschichte wegnehmen, damit unser Wort im Vergessen stirbt. Sie wollen uns nicht als Indianer. Sie wollen uns tot.
Unser Schweigen war des Mächtigen Wunsch. Im Schweigen wären wir gestorben, ohne Wort hätten wir nicht existiert. Wir kämpfen, um gegen das Vergessen, gegen den Tod, für die Erinnerung und für das Leben zu sprechen. Wir kämpfen wegen der Angst, den Tod des Vergessens zu sterben.
Wenn es aus seinem indianischen Herzen spricht, behält das Vaterland seine Würde und die Erinnerung.
(...)
Eine politische Kraft mit einem Kampfprogramm von 13 Punkten: den Forderungen aus der **Ersten Erklärung des Lakandonischen Urwalds**, die im Verlauf des zweijährigen Aufstands bereichert wurden. (...)
Wir rufen alle mexikanischen Männer und Frauen auf, Indigene und Nichtindigene, alle Rassen, die die Nation bilden; diejenigen, die damit einverstanden sind, um Wohnraum, Land, Arbeit, Brot, Gesundheit, Erziehung, Information, Kultur, Unabhängigkeit, Demokratie, Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden zu kämpfen; (...)



Unser Wort, unser Gesang, unser Schrei ist, damit die Toten nicht mehr sterben. Damit sie leben, kämpfen wir, damit sie leben, singen wir.
Es lebe das Wort. Es lebe das Ya basta! Es lebe die Nacht, die zum Morgen wird. Es lebe unserer würdiger Gang gemeinsam mit allen, die weinen. Um die Todesuhr des Mächtigen zu zerstören, kämpfen wir. Für eine neue Zeit des Lebens kämpfen wir.
Die Blume des Wortes stirbt nicht, auch wenn sich unsere Schritte im Schweigen vollziehen. Im Schweigen wird das Wort geboren. Damit es im Schrei zum Blühen kommt, schweigt es. Das Wort wird zum Soldaten, um nicht im Vergessen zu sterben. Um zu leben, stirbt das Wort, das für immer in den Schoß der Erde gesät worden ist. Entstehend und lebend sterben wir. Wir werden immer leben. Ins Vergessen kehren nur zurück, die ihre Geschichte aufgeben.

Hier sind wir. Wir ergeben uns nicht. Zapata lebt und, trotz allem, geht der Kampf weiter.

Aus den Bergen des mexikanischen Südosten
**Comité Clandestino Revolucionario Indígena – Comandancia General del Ejército Zapatista de Liberación Nacional.** Mexiko, Januar 1996

„Land und Freiheit" Redaktion und Verlag: Edition Nautilus, Am Brink 10 / 21029 Hamburg. Tel: 040 / 7213536. FAX: 040 / 7218399. Presserechtlich verantwortlich: Lutz Schulenburg, Hamburg. Wer das Erscheinen dieser Blätter unterstützen möchte, überweist seine Spende auf das Postgiro: H. Mittelstädt, Konto-NO. 2157 32-204, BLZ 200 100 20 Postscheckamt Hamburg; Stichwort:Chiapas.

# Ein Brief aus Berlin nach Chiapas/Mexiko

An
CCRI - CG des EZLN
Subcomandante Insurgente Marcos
Alle

*Über sieben Brücken mußt du geh'n*
*sieben dunkle Jahre übersteh'n*
*sieben mal wirst du die Asche sein*
*aber einmal auch der helle Schein*
Volxlied aus Mitteleuropa

Liebe Schwestern und Brüder,

eure Idee, einen „intergalaktischen" Kongreß „gegen den Neoliberalismus und für die Menschheit" in Chiapas zu machen und dazu je einen Vorbereitungskongreß in den fünf Kontinenten (u.a. für Europa hier in Berlin) zu veranstalten, finde ich im selben Atemzug supergenial und voll daneben.

**Supergenial finde ich euren Vorschlag,**

- weil ihr mit eurer Idee zum ersten Mal seit langem wieder ein weltweiter Vorschlag zur Gemeinsamkeit der Kämpfe formuliert, der (wenn's klappt) eine Bedeutung wie der Gründungsaufruf zur I. oder III. Internationale erlangen könnte. Vielleicht ist es der von vielen gesuchte „große Wurf".

- weil ihr eurem Ruf, die „erste Revolution des 21. Jahrhunderts" zu sein, voll gerecht werdet und einen ideellen Zusammenhang anbietet (ohne allzu ideologisch zu werden), der erstens unsere vereinzelten sozialen Kämpfe in ein weltweites Gesamtkonzept einbindet und zweitens allen das Gefühl geben kann, gut, 1917 und folgende Jahre wurde etwas versucht, dies ist voll gescheitert, doch nun steht der nächste Anlauf an.

- weil ihr das hierarchische Verhältnis zwischen Trikont und Metropole aufbrecht (und dies geht nur von eurer Seite aus) - die 13 Forderungen nach Land, Wohnraum, Gesundheitsversorgung, etc. gelten hier genauso wie in Mexiko oder sonstwo und werden auch hier immer relevanter.

- weil diese 13 Forderungen eine gemeinsame Plattform für alle sozialrevolutionären Initiativen und Kämpfe weltweit ergeben könnten, nur jeweils vor Ort anders ausformuliert.

- weil es richtig ist, der Macht offiziell ihre Symbole steitig zu machen, und ihnen die Berliner Mauer als Symbol für das „Ende der Geschichte" wieder wegzunehmen. Auch brechen wir damit aus unserem subkulturellen Ghetto aus.

- weil es manchmal eines Anstoßes von außen bedarf, der auch gerne etwas vehement und mit der Tür ins Haus fallend kommen darf, um neu aufzubrechen und den Kampf für eine andere Welt wiederaufzunehmen.

**Voll daneben finde ich euren Vorschlag,**

- weil die Idee von außen kommt und damit auf den Entwicklungsstand von sozialen Initiativen und Kämpfen hier voll aufgesetzt ist. So etwas muß von unten kommen, d.h. zum Beispiel das Berliner „Bündnis gegen Sozialabbau" muß sich von selbst in diesen Zusammenhang stellen (wollen).

- weil viel zu vage inhaltliche Bestimmungen von euch auf dem Tisch liegen. Die (meine) Erfahrung des Autonomie-Kongresses letztes Jahr an Ostern in Berlin war ja gerade, daß mensch nicht über „Aspekte" reden kann, sondern ausformulierte Vorschläge auf dem Tisch liegen müssen, über die dann diskutiert werden kann. Bis sich authentisch hier eine neue sozialrevolutionäre Bewegung formuliert und organisiert, wird es einige Zeit dauern. Diese Entwicklungsstadien kann mensch nicht einfach

überspringen. Und ein organisatorischer Träger einer zur EZLN kompartiblen Politik ist in Europa (noch) nicht in Sicht.

- weil solange sich die „Solidaritätsgruppen mit dem zapatistischen Aufstand“ als Soli-Gruppen und nicht als Teil einer sozialrevolutionären Bewegung **hier** verstehen, können sie nie und nimmer einen sozialrevolutionären Kongreß organisieren. Wenn es anders wäre, wären sie eben keine Soli-Gruppe mehr.

- weil die Sozialprozesse im Trikont und in der Metropole zwar ähnlicher werden, aber deshalb noch lange nicht gleich sind. Und was in Mexiko richtig ist und funktioniert, deshalb noch lange nicht in Deutschland oder Italien funktioniert.

- weil es auch den Verdacht gibt (und wir haben diese Erfahrung im Häuserkampf 80/81 mit Tuwat gemacht), daß Bewegungen, die vor Ort stecken bleiben, gerne dazu neigen, sich die Welt ins Haus einzuladen, in Wirklichkeit damit aber nur ihre eigenen Schwierigkeiten überdecken und eine riesige Seifenblase produzieren, die - wenn die materielle (militärische) Konfrontation ansteht - schnell platzt.

- weil Kongresse in Europa zur Zeit höchstens etwas auf einer themenspezifischen (z.B. zu den Kämpfen gegen Sozialabbau) oder lokalen Ebene etwas bringen. Alles größer organisierte entspricht nicht dem derzeitigen Entwicklungsstand.

- weil ihr nicht viel mehr als eine Neuauflage der Ideen des libertären Flügels der Autonomen und Alternativen Ende der 70er/Anfang der 80er vorschlagt. Wenn wir uns als Mindrheiten in Gegengesellschaften organisieren und schließlich alle „Minderheiten“ zusammenzählen, sind wir die „Mehrheit“. Das nannten gewisse Vordenker aus Paris dann „Patchwork der Minderheiten“ und „Rhizom“. Dies müßte zuerst alles vielmehr aufgearbeitet und reflektiert werden. Doch vielleicht ist dies unsere Aufgabe?

- weil wir uns nicht bruchlos hinter die Geschichten von 1917ff stellen können - ich unterstelle euch mal, daß ihr dies mit der „Vergangenheit“ meint. Es gab hier immer viele soziale Kämpfe außerhalb und zum Teil sogar gegen die kommunistischen Organisationen. Viele SozialrevolutionärInnen finden es auch gut, daß die Berliner Mauer gefallen ist. Eine Rosa Luxemburg ist nicht unbedingt kompartibel mit einem Ernst Thälmann.

- weil ihr mit dem Vorschlag von Berlin als Kongreßort wieder diesen Deutschland-Zentrismus bedient. Warum nicht Milano, Paris, Wien, Prag oder Warschau?

Doch was jetzt tun? Ich kann erstmal nicht viel mehr tun, als meine Widersprüchlichkeiten euch mitzuteilen; doch entnehmt bitte der Tatsache, daß ich euch schreibe, daß ihr mit eurem Vorschlag mitten in mein Herz getroffen habt - es ist entflammt.

Ich werde weiter darüber nachdenken und mir schwirt wiederholt der Satz von euch durch den Kopf: *„Wenn wir alle unsere kleinen Einsamkeiten zusammenlegen, kommt dabei nicht eine große Einsamkeit heraus, sondern vielleicht eine neue Hoffnung“.* Noch fehlt mir ein wenig der Mut.

Es grüßt euch alle herzlichst aus den grauen Häuserschluchten des Berliner Südostens

**Silvio Rojanegro**

Berlin, im Februar 1996

P.S.: Lieber Sub, wenn du weiterhin deine sexistischen Anspielungen nicht stecken lassen kannst, könnte es für den Erfolg eurer geplanten Eroberung von Europa wirklich besser sein, daß dich Don Durito de la Selva Lacandona nur als einfachen Ruderer einsetzen will ...

# Heraus zum Revolutionären 1. Mai 1996

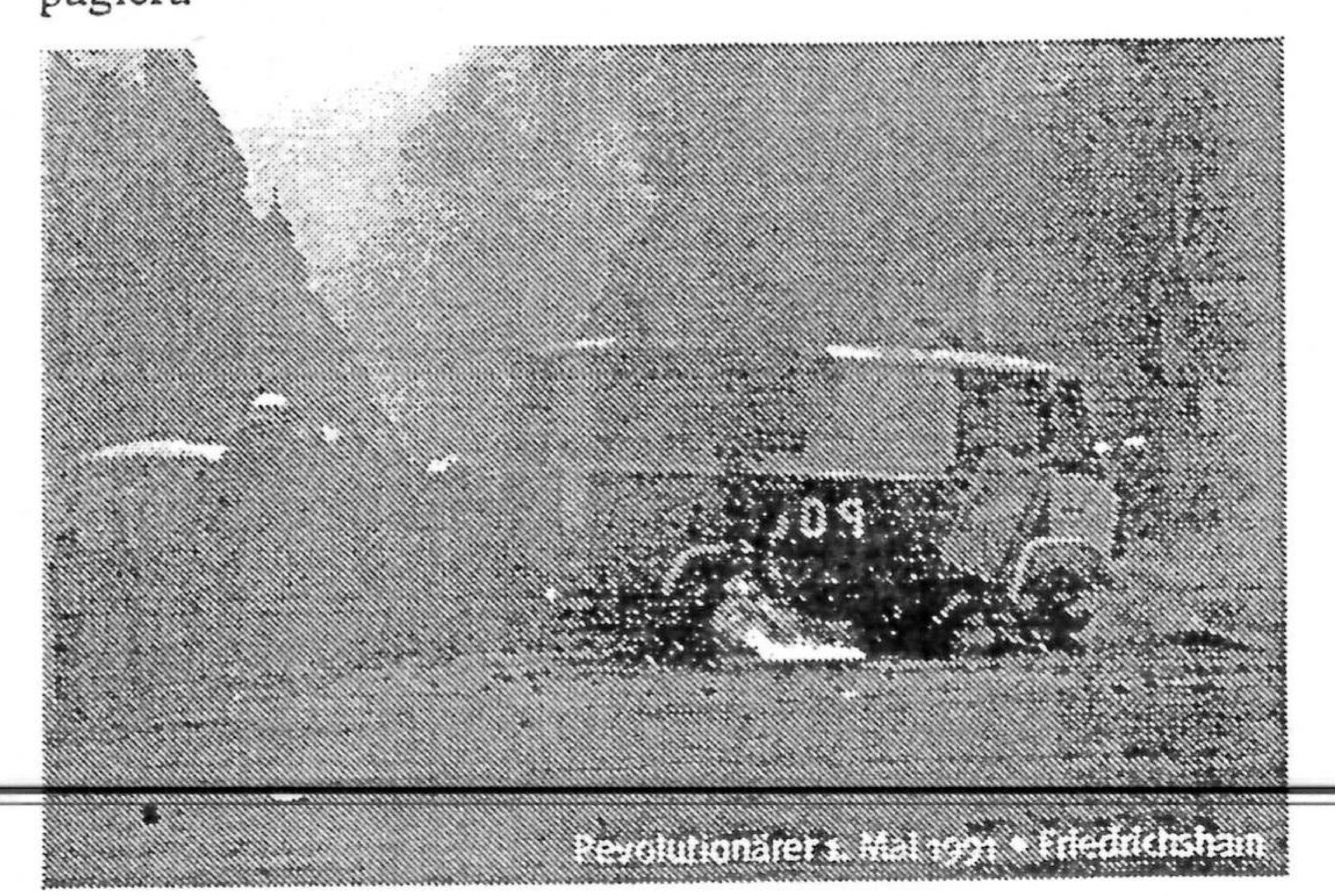
## Es gibt kein Ende der Geschichte – Zusammen gehört uns die Zukunft

### Einladung zum Vorbereitungstreffen für eine Revolutionäre 1. Mai Demonstration 1996



Revolutionäre 1. Mai Demo 1992 • Kreuzberg

Der 1. Mai ist Kampftag all derer, die für eine revolutionäre Gesellschaft ohne Unterdrückung und Ausbeutung kämpfen. Als geschichtliches Datum war der erste Mai seit seinen Anfängen Zeichen des sozialen Protests, ein Tag, an dem die Menschen ihren Widerstand auf die Straße trugen. Der 1. Mai entwickelte sich zu einem internationalen und fraktionsübergreifenden Kampftag, an dem für linksradikale revolutionäre Veränderungen demonstriert wurde. Es gab auch vielfältige Versuche , den 1. Mai im Sinne der jeweils Herrschenden umzudeuten: Im Nationalsozialismus wurde er zum „Tag der nationalen Arbeit" verdreht, in der BRD wurde (und wird) die „Sozialpartnerschaft" mit dem Kapital propagiert.


Revolutionärer 1. Mai 1991 • Friedrichshain

Diese Entwicklung gilt es nach wie vor zu durchbrechen! 1968 zog in Berlin eine 40.000 TeilnehmerInnen umfassende revolutionäre 1. Mai Demo durch Neukölln. Seit dem Riot 1987, und den Demos ab 1988 hat der 1. Mai in Berlin durch die zahlreichen TeilnehmerInnen an den autonomen revolutionären Demos wieder eine große Bedeutung erlangt. Der 1. Mai bot die Gelegenheit, mit revolutionären Inhalten an die öffentlichkeit zu treten; die vielfältigen militanten Auseinandersetzungen an diesem Tag verdeutlichten den systemoppositionellen Charakter der Forderungen.

**Deshalb:**
**Planung einer revolutionären 1. Mai- Demonstration 1996 in Berlin!**

Grundsätzliche Aussage der Demonstration soll sein, daß Ansätze und Forderungen revolutionärer Politik weiterhin offensiv erkämpft werden müssen. Ansonsten kann jede Gruppe von ihrem politischen Ansatz ausgehend eigenständig mobilisieren. Gruppen mit gleichem Arbeitsschwerpunkt können verschiedene thematische Blöcke auf der Demo bilden.

Diese Idee, anhand der politischen Alltagspraxis zu mobilisieren, wird bereits von einem Kreis von Antifagruppen sowie einigen HausbesetzerInnenzusammenhängen verfolgt.

Der Antifablock auf der revolutionären 1. Mai Demonstration ist Ausdruck eines Antifaverständnisses, das nicht bei der Bekämpfung von Nazis stehenbleibt, sondern die Wurzeln des Faschismus miteinbezieht. Die tieferliegenden Ursachen für Faschismus liegen danach in den Ausbeutungs- und Unterdrückungsstrukturen dieses Gesellschaftssystem.

Eine ähnliche Mobilisierung zu anderen Blöcken fänden wir sinnvoll!

Das gemeinsame Ziel der Demonstration soll aus dem Motto und einem Aufruf aller mobilisierenden Gruppen hervorgehen. Da wir dieses Jahr nicht nahtlos an die Demonstrationen 1988-93 vom Oranienplatz anknüpfen können, schlagen wir dieses Jahr eine Demoroute durch Prenzlauer Berg und Mitte vor. Nachdem die inhaltlichen und technischen Fragen der Vorbereitung geklärt sind, wollen wir bundesweit zum 1. Mai nach Berlin mobilisiernen.

IN DIESEM SINNE:
Der erste Mai war und ist ein revolutionäres Datum, das wir uns nicht nehmen lassen!

Die Durchführung einer großen linksradikalen Demonstration ist die geeignetste Form, um Forderungen nach einer revolutionären Veränderung dieses Systems öffentlich wahrnehmbar darzustellen und ihnen entschiedenen Nachdruck zu verleihen.

**Wir gehen nur unter in den Kämpfen, die wir nicht zusammen führen! Für eine entschlossene große revolutionäre 1. Mai-Demo 1996 – radikal und gemeinsam weiterkämpfen!**

**Kommt zum Vorbereitungstreffen**
**Freitag, 1.März 1996 • 19.30 Uhr**
**Versammlungsraum/Mehringhof**

AG Schöner Wohnen, Antifaschistische Aktion Berlin

AUFRUF

# ATOMMÜLLTRANSPORTE STOPPEN

## Der CASTOR kommt - WIR AUCH !




Sobald Ihr hört (z.B. über das Radio), daß der CASTOR aus Greifswald losgefahren ist, kommt zum

## S-Bahnhof Springpfuhl

Springpfuhl liegt an der direkten Bahnstrecke Greifswald-Paks, ist also einer der möglichen Durchfahrtsbahnhöfe. Dort werden wir uns zu einem

**"Begrüßungstreffen"** versammeln.

**Macht mit!**

Vorschlage zum mitbringen: Transparente, Farbe, Stoffe, Absperrband, gute Laune.

Oder: **DENKT EUCH WAS AUS !**

Berlin ist groß, es gibt viele Orte und Möglichkeiten, diesem Transport kreativ entgegen zu treten.

"Berliner Anti-Atom-Plenum", Telefon: 2616252, jeden Dienstag um 19.30 Uhr im Ökodorf, Kurfürstenstraße 14, Schöneberg, Spendenkonto: Aktiv gegen Strahlung, Kto-Nr.: 61 000 4980, BLZ: 100 500 00, Berliner Sparkasse, wegen Paks.

Wir haben eine **Telefonkette**, die ausgelöst wird, wenn der CASTOR rollt. Wenn Ihr wollt, nehmen wir Euch gerne in diese auf. Kontakt und aktuelle Infos: Tel.: 2616252 (Anrufbeantworter).

V.i.S.d.P.: Tom Müller, Glienicker Str. 100, 14109 Berlin

Im stillgelegten Atomkraftwerk Greifswald-Lubmin stehen drei mit 235 teilungebrannten Brennstäben beladene CASTOR-Behälter zur Abfahrt bereit. Das aus Sicherheitsgründen abgeschaltete Atomkraftwerk Greifswald-Lubmin ist vom selben Typ wie der Reaktor in Paks (Ungarn), für den die Brennstäbe bestimmt sind. Anschließend sollen die Brennelemente in Rußland entsorgt werden.

**AUFRUF**

Ganz herzlich laden wir Euch zu unserem

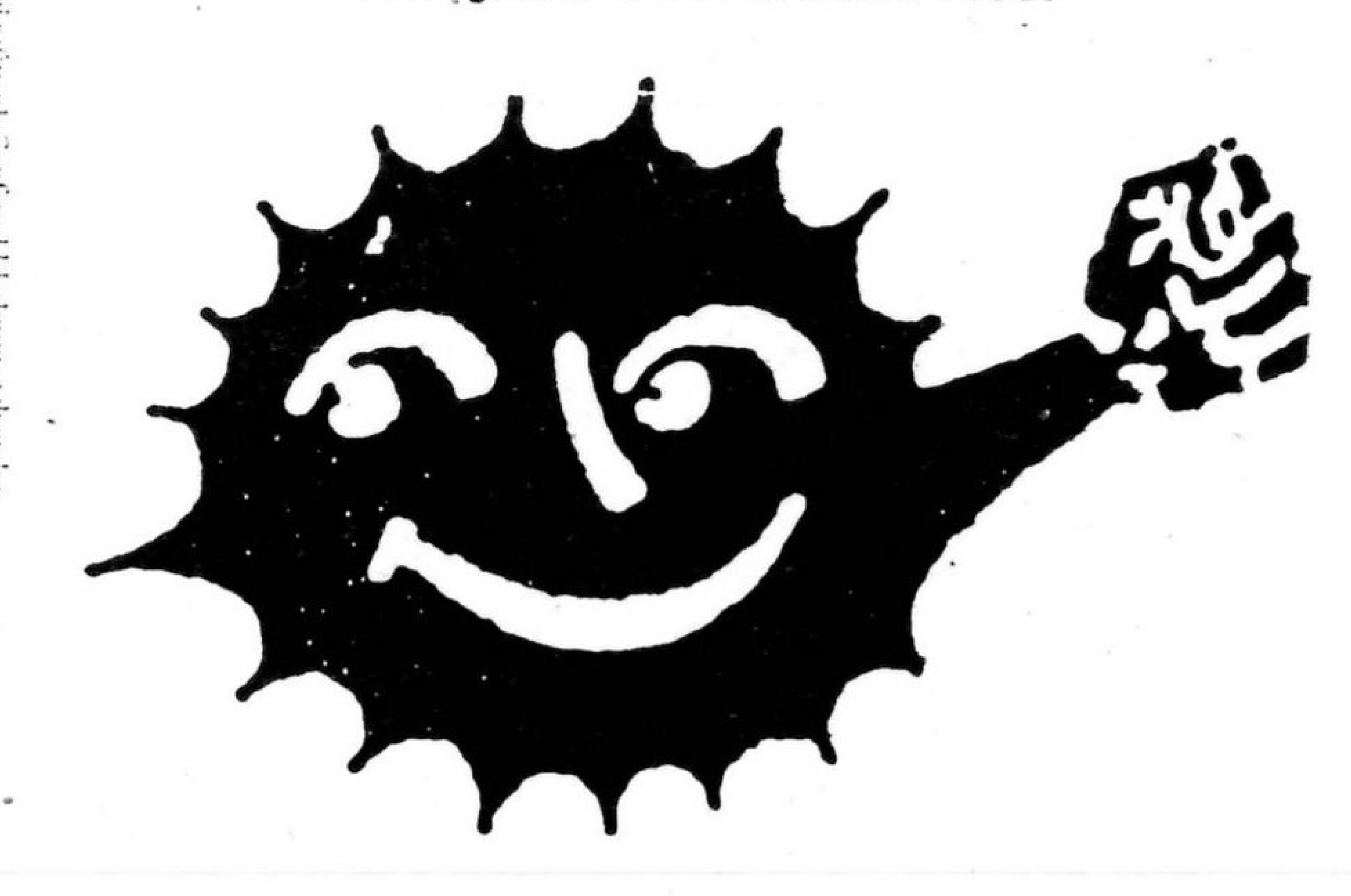
bewährten **Sonntagsspaziergang** ein.

Ort: Bahnhof Zoo
Zeit: Sonntag, 18.02.96, 14.00 Uhr

Der Atommülltransport der drei CASTOR-Behälter aus Greifswald kann jederzeit stattfinden.

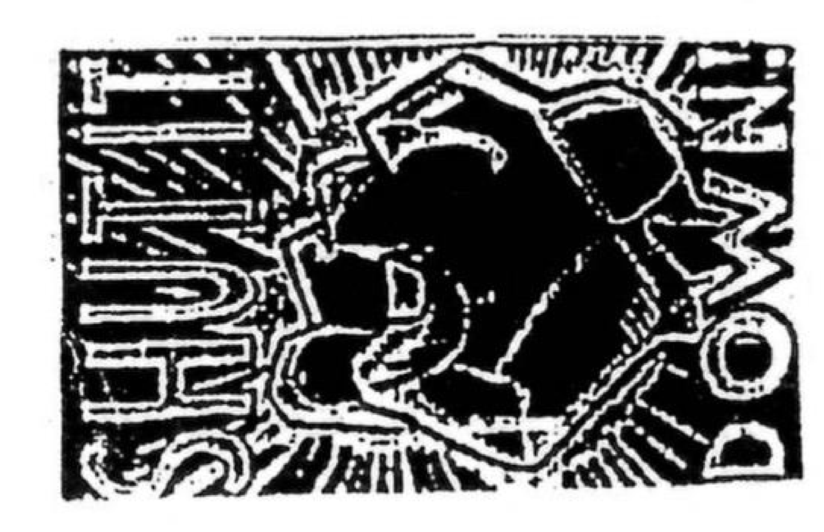
Wir zeigen unseren Protest vorher.

Tschernobyl ist Überall
SOFORTIGE STILLEGUNG ALLER ATOMANLAGEN
Energiewende in Ost und West



"Berliner Anti-Atom-Plenum", Tel.: 2616252, jeden Dienstag um 19.30 Uhr im Ökodorf, Kurfürstenstraße 14, Schöneberg. Spendenkonto "Aktiv gegen Strahlung", Kto-Nr.: 61 000 4980, BLZ: 100 500 00, Berliner Sparkasse, wegen Paks

## *Die Häuser denen, die sie brauchen*

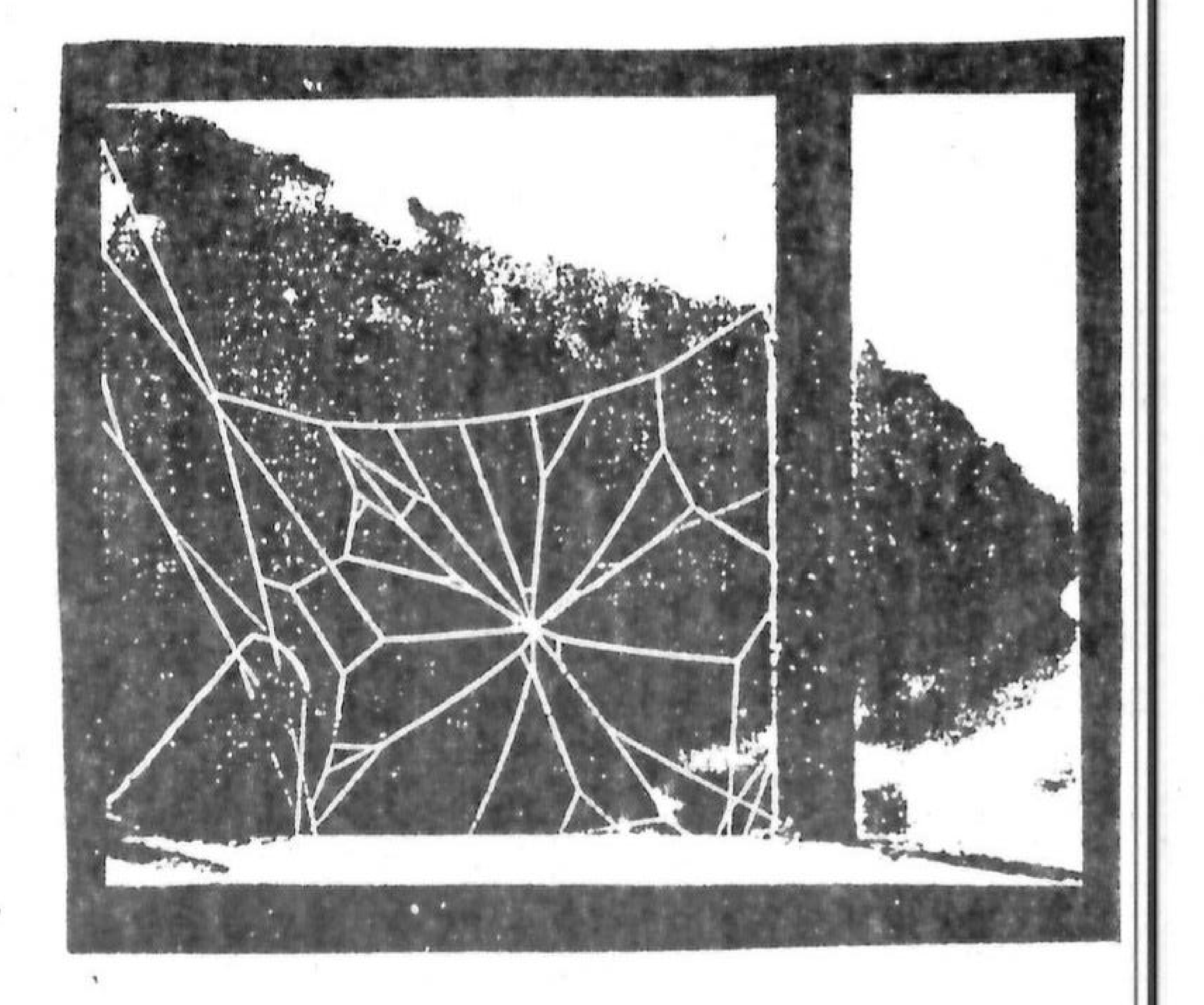


Wir sind von AG Schöner Wohnen,einer BesetzerInnengruppe,die seit März `95 auf der Suche nach alternativem Lebensraum mehrere Objekte in Berlin besetzt hat,unter anderem auch zweimal die Veteranenstr.13.Die Situation der Veteranenstr.13 sieht so aus,daß sowohl Vorderhaus als auch das auf dem Hof befindliche Fabrikgebäude seit ca.5 Jahren leerstehn.Der Hausbesitzer Kayat hat das Gebäude mit 8 Mio. verschuldet und ist somit nur noch formell der Besitzer,weil er pleite ist.Durch Umgehung der Baustadträtin Dubrau,die dieses Objekt auch als ideal für ein alternatives Wohnprojekt ansieht,beschaffte sich Kayat als diese im Urlaub war eine Abrißgenehmigung bei Bürgermeister Keil.Mit dieser Abrißgenehmigung hat die Verwalterin,die Bayrische Vereinsbank,durch Verkauf gute Chancen die Schulden einzutreiben.Wir von AG Schöner Wohnen wollen gemeisam mit anderen Gruppen in dieses Haus oder ein gleichwertig anderes in Mitte einziehen und es sinnvoll und kreativ nutzen,anstatt einfach nur zuzusehen,wie dringend bnötigter Wohnraum einfach verfällt oder sogar vernichtet wird.Doch es geht nicht nur um Wohnraum an sich,es geht um Lebensraum im weiteren Sinne.Wir wollen möglichst selbstverwaltet leben,miteinander in einer Gemeinschaft,statt nebeneinander her in irgendwelchenanonymen Mietwohnungen.Außerdem möchten wir Sozialprojekte wie TreberInnenhilfe,Volksküche,Informationszentrum,Räumefür kulturelle Initiativen usw. einrichten.Mit anderen Worten politische Freiräume für linke Politik durchsetzen,erkämpfen und erhalten.

Durch unsere Besetzungen,die wir als legitimes,politisches Kampfmittel ansehen,wollen wir aber auch einen Gegenpol zu Großstadtchauvinismus und inhumaner Baupolitik der neuen Hauptstadt Berlin bilden.In ganz Deutschland und vor allem in Berlin findet in letzter Zeit ein gesellschaftlicher roll-back ohne gleichen statt.Während aus der Staatskasse Renomierprojekte in Milliardenhöhe finanziert werden,werden gleichzeitig Sozialleistungen,die in jahrzehntelangem Kampf errungen wurden,gekürzt oder einfach ganz gestrichen.D.h. z.B. daß sinnvolle Sozialarbeit wie sie unter anderem bei Wildwasser,in alternativen Kindertagesstätten,bei unabhängigen Obdachlosenhilfen oder z.B. beim Selbsthilfeprojekt Tomi Weißbecker Haus gleistet wird,nicht mehr möglich ist.Insbesondere die Berliner Innenstadt soll zu einem unvorstellbarem Geschäfts-und Bürozentrum hochgezogen werden.Ohne Rücksicht auf Verluste,wie z.B. Berlins größter Grünfläche,dem Tiergarten,soll ein hypermodernes Kapital-und Regierungsviertel aus dem Boden gestampft werden.Durch extrem hohe Mieten und Abrißgenehmigungen sollen gerade sozial schwache Menschen aus dem Innenstadtbereich vertrieben werden,um das Bild der "schönen neuen Hauptstadt" nicht zu stören.Dadurch hat sich die Stadt Berlin nicht nur total verschuldet,sondern auch an den Bedürfnissen der Bevölkerung und der realen Entwicklung der Stadtstruktur vorbeidividiert.Allein in Berlin-Mitte stehen momentan 150000 Quadratmeter komplett fertig gebaute und beheizte Büroflächen leer,während jeden Winter etliche Obdachlose auf der Straße erfrieren.Diese repressive Stadtpolitik bedeutet für uns,daß nachdem die linken Radioprojekte Radio 100,DT 64 an den kapitalistischen Strukturen kaputt gegangen sind und ein für unsere Zusammenhänge wichtiges Sprachrohr und Diskussionsforum,die radikal kriminalisiert wurde,uns jetzt auch noch unsere Freiräume wie z.B. die Marchstr/Einsteinufer genommen werden.

*Weg mit §129-129a,Iso und Beugehaft*
*Freiheit für alle politischen Gefangenen*
*Räumt die Knäste nicht die Häuser*
*Miethaie zu Fischstäbchen*
*Eure AG Schöner Wohnen*

# Die Aktion "Bargeld für Alle" ist beendet



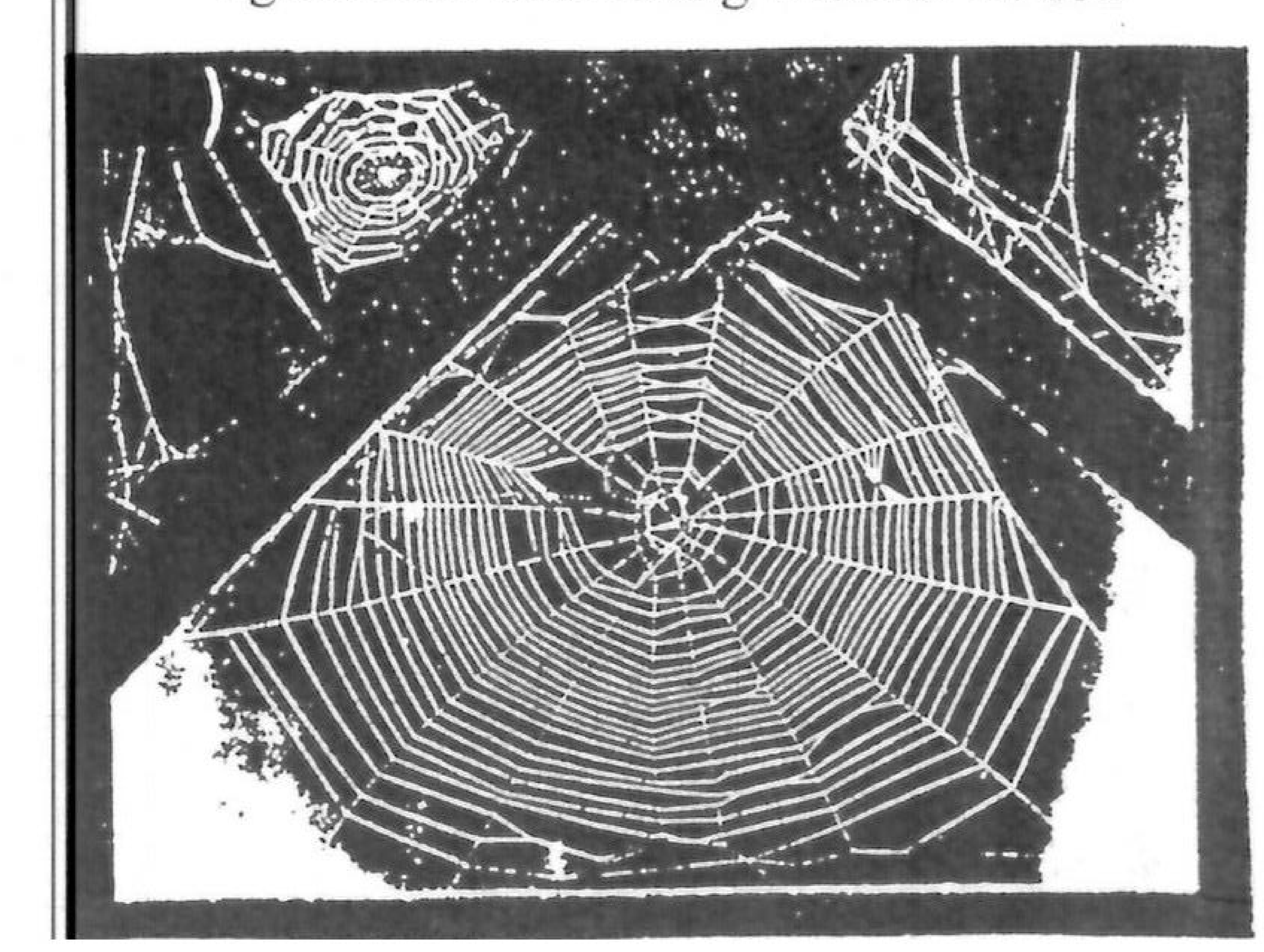
## Die Ursache

Seit Inkrafttreten des Asylbewerberleistungsgesetzes (11/93) bekommen AsylbewerberInnen im ersten Jahr ihre verminderte Sozialhilfe in Form von **Sachleistungen** (dies können Freßpakete oder, wie in Berlin üblich, der bargeldlose Einkauf im heimeigenen Magazin sein). Lediglich ein Taschengeld von 80 DM pro Monat wird bar ausgezahlt. Was es heißt in einem so reichen Land wie der BRD, in dem wirklich alles Geld kostet, mit einem Taschengeld abgespeist zu werden, kann sich jedeR selbst vorstellen. Unter diesen Bedingungen ein Asylverfahren zu führen, in dem Geld für Anwälte, Porto, Kopien, Unterlagen aus dem Herkunftsland, etc. benötigt wird, ist nahezu aussichtslos, soll es wohl auch sein. Zudem ist die Auswahl an Waren im Heimmagazin begrenzt und oft teurer als bei den BilliganbieterInnen draußen, Sonderangebote gibt es nicht.

## Die Idee

Wir wollten diesem Gesetz nicht nur Öffentlichkeitsarbeit entgegensetzen, sondern auch versuchen, die davon Betroffenen praktisch zu unterstützen. So entstand die Idee, wie in anderen Bundesländern auch schon, die Waren der Flüchtlinge einmal im Monat gegen Bargeld einzutauschen und diese dann am selben Tag an viele solidarische Menschen, die sich gerne paketeweise Kaffee etc. abholen, weiterzuverkaufen.

Wir wollten die praktische Unterstützung einiger Flüchtlinge
allerdings nie zu unserem alleinigen Schwerpunkt machen, sondern gleichzeitig auf politischer Ebene versuchen, Druck gegen das Gesetz aufzubauen. Außerdem hatten und haben wir noch den Anspruch, mit anderen Gruppen, wo's möglich ist, zusammenzuarbeiten und somit thematisch auch nicht nur an diesem Gesetz zu kleben. Das hieß praktisch,daß wir nur einen Teil unserer Gruppenzeit und -energie in diese Umtauschgeschichte stecken wollten. Eigentlich hatten wir vor, die ganze Aktion bloß anzukurbeln und damals, im November 94 auch noch die Hoffnung, der Umtausch würde sich nach dem Schneeballprinzip ausbreiten und wir irgendwann überflüssig werden. Es sollten viele Direktkontakte zwischen Flüchtlingen, als VerkäuferInnen, und den potentiellen KäuferInnen entstehen und das Gesetz würde so auf breiter Basis unterlaufen werden. Doch dann kams ganz anders:



## Die Durchführung

Im Dezember 94 boten wir die erste Umtauschaktion an. Ort war der Stadtteilladen Rat und Tat im Wedding, der glücklicherweise, wie sich später herausstellte, genug Räumlichkeiten zum Lagern der aufgekauften Waren hat. Bekannt gemacht hatten wir die Aktion im Heim mit Übersetzungen in mehreren Sprachen und draußen mit einigen Plakaten, Flugis und die Interim. Es kamen nicht viele. Die HeimbewohnerInnen waren wohl noch skeptisch, ob wir ihnen tatsächlich zum Originalpreis alles abkaufen (wir mußten auch zwischendurch immer mal wieder für einen Nachschub an Bargeld sorgen, den wir erstmal von unseren Konten vorstreckten) und die KäuferInnen kamen erst vereinzelt als die Flüchtlinge schon längst alle wieder weg waren. Warum von ihnen so wenige kamen, versuchten wir in einer schriftlichen Auswertung über die Interim herauszubekommen (war der Weg zu weit? die Aktion an sich kritikwürdig?), erhielten aber nie eine Antwort. Statt dessen meldeten sich ca. vier Projekte als DauerabnehmerInnen. Also zweiter Versuch im Februar, und, um es abzukürzen, folgten dann noch welche im April, Juni und Juli 95. Die Besuche der HeimbewohnerInnen wurden immer zahlreicher, sie waren an dem Umtausch immer sehr interessiert und wir hätten durchaus viel öfter Waren von ihnen aufkaufen können. Wir mußten jedesmal mehr Geld vorstrecken, im Juni waren es 4000, im Juli





dann 6000 Mark. Außer zwei Gruppen, die regelmäßig Waren für einen größeren Betrag abnahmen, wurden die KäuferInnen nicht mehr, so daß wir regelmäßig auf einem Berg Kaffee, Süßigkeiten, Waschpulver, usw. saßen und relativ pleite waren. So rannten wir Cafes und Kneipen ab, aber dies scheiterte zumeist an den Preisen, bzw. daran, daß wir beschlossen hatten, nicht zu liefern, um auch noch etwas anderes außer dieser Bargeld-Aktion machen zu können, oder schlicht an Desinteresse. Auch die Idee, die Kinos wegen den Süßigkeiten anzusprechen verlief überhaupt nicht erfolgsversprechend. Wir beschlossen also die Waren erstmal loszuwerden, was mehrere Monate dauerte, um dann nochmal ganz dicke die Öffentlichkeitsarbeit anzukurbeln, um zu gucken, ob die Aktion über ein breiteres Spektrum an KäuferInnen zu retten wäre

## Der letzte Versuch

Hierfür stellten wir einen Kneteantrag für die Öffentlichkeitsarbeit bei der Stiftung Umverteilen (2000 DM) und einen Darlehensantrag bei Netzwerk (7000 DM), beides wurde bewilligt. Wir setzten die Aktion in die Gemeinderundbriefe der Kirchen, erstellten einen Presseverteiler und schrieben 14 Presseredaktionen, 4 Radioredaktionen und 3 Fernsehsender an.

Dies brachte uns einige Artikel. Wir ließen Plakate und Flugblätter drucken, rannten die Umgebung ab und schmissen Hauswurfsendungen in die Briefkästen. Wir setzten drei sündhaft teure Anzeigen in die Zeitungen (Zitty, Tip und taz) und umsonst in die übliche linke Presse (WNZ, Interim, Scheinschlag, Zag, usw.) Die Flüchtlinge, die vorher von der Presseaktion informiert wurden, kamen, wie immer zahlreich.

Wir kauften Waren im Wert von 8000 DM auf. Ansonsten kamen ein paar mehr KäuferInnen als sonst, verkaufen konnten wir am selben Tag immerhin für 2000 DM und TIP-TV kam vorbei und drehte und interviewte, was schließlich einen gar nicht so schlechten 5-Minuten- Beitrag im ORB ergab.

Trotzdem sitzen wir wieder auf den Unmassen von Mars und Snickers, die Rasierer vom Sommer sind auch noch nicht weg und wir ziemlich frustriert. Wir werden sicher so nach und nach auch diesen Berg wieder abtragen **(für Interessierte: jeden Sonntag ab 19.00 Uhr kann eingekauft werden.)** aber von dem, was wir ursprünglich wollten, konnten wir kaum was verwirklichen.

## Versuch einer Einschätzung

Nun haben wir einige Stunden diskutiert, warum diese Aktion so gescheitert ist. Dachten wir uns doch, grade für nichtorganisierte, mit der herrschenden Asylpolitik unzufriedene Menschen, mit humanitärem Anspruch, wäre diese Aktion wie geschaffen, ein niedrigschwelliges Angebot sozusagen doch irgendwas zu tun. Daß die linke Scene diese Aktion mitträgt, hatten wir, da es keine Kritik gab - ganz im Gegenteil - sowieso erwartet. Fakt ist: Es kam niemand und niefrau aus dem bürgerlichen Spektrum, weder auf Hauswurfsendungen, noch auf Zeitungsartikel. Von der "Szene" kamen teilweise persönliche Bekanntschaften unsererseits oder Bekanntschaften der Bekanntschaften, also auch überwiegend in der antirassistischen Arbeit irgendwie tätige Leute, teilweise, aber leider sehr vereinzelt, auch Menschen aus anderen Zusammenhängen. Woran lags? Folgende Spekulationen stellten wir an (dabei meinen wir in unseren Statements auch beide von uns angesprochenen Zielgruppen, teilweise sicher mit unterschiedlicher Gewichtung):

- Die Großstadt ist's. Die Menschen hier sind dermaßen informationsüberflutet von Medien und Geschehnissen aller Art, daß eben in erster Linie auf persönliche Kontakte reagiert wird. Zudem sind hier die Gräben zwischen links-autonomen und links-liberalen-bürgerlichem Spektrum tiefer als irgendwo auf dem Lande.

- Wir alle haben weniger Zeit als noch vor ein paar Jahren, da wir uns damit beschäftigen müssen Kohle ranzuschaffen. Die Nischen sind enger geworden.

- Eine linke *Bewegung* gibt es nicht mehr. Viele Gruppen haben sich aufgelöst, die bestehenden sind kleiner geworden, die gesellschaftlichen Bedingungen haben sich dafür um einiges verschärft. Das hat zur Folge, daß es einfach weniger Kapazitäten gibt, sich wo anders noch zu beteiligen oder einzuklinken. Außerdem ist kaum noch ein "wir-Gefühl" und erst recht keine "wir-Realität" vorhanden. Themenübergreifende Bündnisse sind selten geworden oder von recht kurzer Lebensdauer. Und es gibt weniger kollektive Strukturen, statt dessen arbeiten viele Gruppen doch relativ isoliert vor sich hin. Widersprüche werden nicht ausgetragen, sondern man/frau grenzt sich besser ab. (Dabei wollen wir jetzt sicher keine Schwärmereien über "gute alte Zeiten" anstimmen. Wir denken durchaus, daß das früher eher im Gefühl präsente "Wir-Gefühl" oft mehr Schein als Sein war, daß Widersprüche auch damals nicht unbedingt offen thematisiert wurden. - Trotzdem: So richtig auf die Füße scheint uns das erst jetzt zu fallen, wo wir uns ein Zukleistern von Widersprüchen und voneinander Abgrenzen weniger leisten können denn je.)

- Der Aspekt der Gewöhnung greift. Wir sind überall und seit Jahren sozialen Einschnitten ausgesetzt, gerade die Asylpolitik ist Stück für Stück zurückgeschraubt worden, so daß es fast an Utopie grenzt, sich ein gleichberechtigtes, menschenwürdiges miteinander leben hier vorzustellen. Sachleistungen scheinen sooo schrecklich gar nicht zu sein.

- Außerdem ist ja am Sachleistungsprinzip auch noch niemand gestorben. Und schließlich handelt es sich um ein Gesetz und keine Übergriffe von irgendwelchen Jungnazis. Damals wurde genauso auf staatliche Anweisung ein Kerzlein gegen Ausländerfeindlichkeit angezündet, wie jetzt das Sachleistungsprinzip akzeptiert. Und überhaupt liegt Antirassismus nicht mehr im Trend - die Zeiten sind wohl seit Solingen vorbei.

- Oder die Menschen sind schlicht völlig desillusioniert und hilflos. Der Staat erscheint so übermächtig und unangreifbar, daß es gar keinen Sinn hat, sich gegen irgendwelche Gesetze zu engagieren.

- Vielleicht liegt es aber auch hauptsächlich an der zunehmenden Egozentrik. Es ist nicht mehr "in" sich um andere zu kümmern und jedeR ist sich selbst (und grade noch dem engeren Kreis drum rum) der/die Nächste. Schließlich hat sich auch das Konkurrenz- und Leistungsprinzip des Kapitalismus als *das* "bessere" , bzw. überlebensfähige Modell erwiesen. Und nun geben wir uns alle Mühe diesem Modell gerecht zu werden?

Soviel, so schlecht. Sicher haben wir nicht die Wahrheit gepachtet und wissen letztendlich auch nicht, was nun der Hauptgrund fürs Scheitern war - vielleicht haben ja andere dazu noch ne Meinung. Wären wir in diesem Falle sehr interessiert dran.

### Wie gehts weiter?

Wir lösen uns trotzdem nicht auf. Wie und was wir genau weitermachen haben wir noch nicht so klar. Sicher werden wir erstmal unsere Erwartungen reduzieren, uns wohl thematisch ausweiten und unsere Öffentlichkeitsarbeit irgendwie versuchen persönlicher zu gestalten.(also vielleicht eher direkt mit Menschen in Kontakt treten, anstatt ihnen das 1000ste Flugi in die Hand zu drücken). Größere Umtauschaktionen machen wir jedenfalls nicht mehr. Idee und Umsetzung klaffen doch zu weit auseinander, und wir sind schon der Meinung, ziemlich viel probiert zu haben, um unserer Idee näher zu kommen. Wir werden allerdings als Gruppe unseren Warenbedarf weiterhin im Heim abdecken und wir sind jederzeit bereit, auch für andere Gruppen, die Flüchtlingen **regelmäßig** Waren in einem bestimmten Wert abnehmen wollen, Direktkontakte ins Heim zu vermitteln.

Meldet Euch einfach. Um den Berg an Waren, den wir jetzt noch lagern loszuwerden, damit wir irgendwann mal unsere Schulden zurückzahlen können, verkaufen wir jeden Sonntag ab 19.00 Uhr im Rat und Tat. Außerdem haben wir uns entschlossen, für Gruppen, die Waren im Wert von mindestens 150 DM kaufen wollen, auch zwei Liefertermine anzubieten, und zwar am 24.2. und am 16.3. Nur an diesen beiden Tagen!!!! Wir müßten also ne Weile vorher Eure Bestellzettel haben. Eine Auflistung der Waren, die's noch gibt, sowie eine Preisliste liegt bei. Wir hoffen von Euch zu hören.

Uns erreicht ihr Sonntags ab 19 Uhr unter der Telefonnummer 455 44 40, außerdem faxend 455 10 10 und postmäßig: Ini gegen das Asylbewerberleistungsgesetz, c/o Rat und Tat, Liebenwalder Str. 16, 13347 Berlin

BLEIBERECHT
FÜR ALLE
FLÜCHTLINGE



# An alle Anwohnerinnen und Anwohner der Altenbraker Straße

Im Januar '96 fanden wir ein Naziflugblatt in unserem Briefkasten. Faschisten hetzten darin in übler Weise gegen Menschen türkischer Nationalität. So wurde z. B. vom agressiven türkischen Imperialismus geschrieben, der angeblich einzigartig durch die Weltgeschichte der letzten 500 Jahre gewalzt sei, und von den bodenblutigen "Ahnen", welche ach so heldenhaft irgend etwas verteidigt hätten, was mit uns heute zu tun haben soll.

Wäre die rassistische Gewalt in diesem Land nicht gerade so dermaßen eskaliert, könnten wir über dieses Flugblatt nur lachen. Aber hier werden Menschen ohne deutschen Paß vom Staat jeglicher Existenzrechte beraubt und schon wieder in Lager gepfercht. Sowohl durch die herrschende Politik als auch einen Großteil der Medien wird eine pogromartige Stimmung geschürt.

Niemand streikt gegen Sozialabbau, Preis- und Mieterhöhung, Spekulantentum oder staatlich organisierte Militärüberfälle auf andere Länder, sondern alle kämpfen gegen alle. Um diesen Zustand aufrecht zu erhalten, muß es Sündenböcke geben. Das sind am zweckmäßigsten die Schwächsten, nämlich die, die sowieso schon keine Rechte mehr haben.

Machen wir denen, die uns gegeneinander ausspielen wollen, einen Strich durch die Rechnung! Setzen wir uns ein für ein gleichberechtigtes Miteinander, wo Leute entsprechend ihren Fähigkeiten und Bedürfnissen miteinander umgehen.

**Nazipost in den Müll!**
**Nazis aus dem Kiez verjagen!**
**Helft Flüchtlingen gegen den staatlichen und faschistischen Terror!**
**Redet mit Euren Bekannten, Nachbarinnen und Nachbarn darüber!**

V.i.S.d.P. Anna & Ayan Altenbraker Str. Berlin

# DRITTE ERKLÄRUNG DES SPRENGEL

## ZU DEN AUSEINANDERSETZUNGEN AM 18. UND 19. JANUAR

Für viele, insbesondere diejenigen, die die Verhältnisse auf dem Sprengelgelände nicht schon länger kennen, blieb die Komplexität des Konfliktes unverständlich. Dies gilt vor allem für die Eskalation am 19. 01., die auch uns überrascht und überrollt hat. Ein drittes Schreiben von uns scheint aber auch deshalb notwendig zu sein, weil einiges an Kritik und Gerüchten in Hannover und anderen Städten aufgekommen ist.

### Sprengel war schon seit Jahren keine einheitliche Gruppe

Vorweg: die Konfliktlinie verläuft nicht zwischen „den Punks" und „den Autonomen". Diese Einteilung verschleiert den Kern der Auseinandersetzungen und wird von einem Teil der jetzigen Ex-Bewohner (und dabei handelt es sich tatsächlich um nur eine Frau bei ca. 15 Männern) als Instrument benutzt, Pseudofronten aufzubauen, um ihren Lügen einen scheinbar legitimen Boden zur Aufrechterhaltung der Eskalation zu bieten (s.u.).
Daß sich „die eine Seite" als Punks begreift und „wir" uns zum Teil als Autonome, reicht allenfalls für optische Beschreibungen - erklärt aber nicht, warum wir nicht gemeinsam auf Sprengel leben können.

Klar ist: Sprengel war seit Jahren keine homogene Gruppe, sondern mindestens zwei. Der eskalierte Konflikt kann nicht ohne diesen Hintergrund betrachtet werden. Es gab sowohl Unterschiede in Bezug auf „private" Vorstellungen, von dem wie man/frau leben will, als auch unvereinbare politische Trennungslinien - auch wenn letzteres selten so benannt wurde. Bedingungslos egoistisches Verhalten von Leuten, die in dem linken Flügel der ersten Etage gewohnt haben, machte es schon lange für viele unmöglich auf Sprengel zu leben.
Beispiele: Nachts oberlaute Musik, Müll ins Treppenhaus werfen, Scheiße der Hunde liegen lassen, Kohlenklau, (Androhung von) Gewalt bei Meinungsverschiedenheiten, Anpöbeleien und Bedrohung von Leuten aus dem Haus und dem Stadtteil. All dies erschwerte das Zusammenleben im Haus schon immer. Schwulenfeindlichen Sprüchen und Aktionen wurde Raum gegeben, Nazi-Parolen wurden gegrölt und an Wände geschmiert, sexistisches Verhalten war Alltag (...).
Unsere Unfähigkeit, diesen Verhältnissen wirksam entgegenzutreten, trägt auch Mitschuld an unserem jahrelangen politischen Bankrott.
Die scheinbar fruchtbaren Diskussionen, die es mit Einzelnen gab, wurden immer wieder durch das Wirken einiger „Rädelsführer" zur Sinnlosigkeit degradiert. So gab es nur wenige beständige Kontakte zwischen den BewohnerInnen der ersten Etage und dem Rest des Hauses.
Wir begreifen das Problem der Kommunikationslosigkeit durchaus auch als unser eigenes. Ebenso wollen wir mit dem hier Gesagten nicht pauschal alle grundsätzlichen Probleme des Geländes dem einen Etagenflügel zuschustern.
Unsere Reaktionen auf heftige Aktionen, wie etwa die Brandstiftung in der „Schwulen Sau" im Juli '95 waren zumeist Versuche, die, die Scheiße gebaut haben, rauszuschmeißen. Falls das nicht gelang (bei den Brandstiftern gelang es), was oft eine Frage der quasi-militärischen Kräfteverhältnisse war, führte das jeweils zu einer Verhärtung der Fronten und zur Verunmöglichung von konstruktiven Entwicklungen. Das war die Situation, bevor wir wieder gezwungen waren 2 Leute rauszuschmeißen, in der Hoffnung den Terror der von Teilen der Clique ausging, wenigstens durch repressive Maßnahmen in Grenzen halten zu können.

### Kritik von UnterstützerInnen

Mittlerweile kennen wir vier verschiedene (z.T. halb-öffentliche) Flugblätter, die unser Verhalten und unsere zwei bisherigen Stellungnahmen kritisieren. Zusätzlich kursieren einige Kritiken und Gerüchte.: Zum einen werden wir von Leuten,

die uns in ähnlichen Notfällen wieder unterstützen würden, kritisiert, zum anderen kommt Kritik von Leuten (wörtlich) „der anderen Fraktion". Auf alle Details einzugehen erscheint uns nicht sinnvoll. Wir greifen deshalb nur die z.T. Hauptkritikpunkte auf.
In einem Papier von UnterstützerInnen aus einer anderen Stadt, die mit uns zusammen nach den Auseinandersetzungen Haus und Gelände absicherten, wird vor allem die geländeinterne Struktur kritisiert: Warum gab es in der Vergangenheit keine verbindlichen Entscheidungsstrukturen, die von allen BewohnerInnen getragen wurden und zu einem gemeinsamen Vorgehen führten? Warum wurden die Konflikte nicht schon früher benannt und nach außen hin verständlich vermittelt? Außerdem lehnen die SchreiberInnen eine „militante Konfrontation mit den Punks" ab, auch wenn an anderer Stelle gesagt wird, daß u.a. „sexistisches Verhalten und Angriffe auf unsere Strukturen bekämpft werden müssen".
Wir schließen uns den Einschätzungen an, daß auf Sprengel seit Jahren zu wenig miteinander geredet wurde und daß Entscheidungen stets von zu wenigen gefällt und getragen wurden. Das führte z.T. in eine Entscheidungsunfähigkeit, d.h. es gab lange schon keine wirkliche Vertretung mehr für das gesamte Gelände. Dies ist der Fehler aller BewohnerInnen und Gruppen. Ein tragfähiger Konsens wurde nur gegenüber Nazis, Bullen und der Stadt erzielt. (An anderer Stelle dieses Flugblattes wird angerissen, wie es zu dieser verfahrenen Situation kommen konnte.)
Problematisch war in jedem Fall das totale Desinteresse an geländeinternen Angelegenheiten und das antisoziale Verhalten seitens eines Teils der BewohnerInnen, besonders das der jetzt rausgeschmissenen Gruppe. Eine Verständigung mit allen – z.B. über unser Verhältnis zur „Schwulen Sau" – war unmöglich. Das und das Wissen um die Ohnmacht von Geländeplena veranlaßte uns dazu, noch in der Nacht des zunächst gescheiterten Angriffs auf die „Schwule Sau", einen Rausschmißversuch gegen die zwei Hauptbeteiligten (die sich nicht zum ersten Mal durch schwulenfeindliche Sprüche und Aktionen hervorgetan hatten) zu unternehmen.
Wenn es nicht möglich war, sich auf einen Geländekonsens zu berufen, so war es doch für die Mehrheit der BewohnerInnen eindeutig, daß es über den schwulenfeindlichen Angriff nichts zu diskutieren gab. Das heißt, wir stimmen der Kritik des Papiers von „welchen von außerhalb" insofern zu, als das wir für die Zukunft wieder tragfähige Strukturen aufbauen müssen. Aus der bis vor kurzem so lähmenden geländeinternen Situation heraus blieb für uns allerdings kein anderer Ausweg, als auf diese Konfrontation einzugehen. Auch wir hätten den Konflikt lieber gewaltfrei gelöst, zumal die Gruppe, die unser Haus von innen demoliert hat, nicht unser neuer „Hauptfeind" ist. Aber was wäre die Alternative gewesen: eine sachliche Diskussion mit Leuten, die sich mit Knüppeln bewaffnet vor zwei Schwulenfeinde stellt !? - Für die Knüppelschwinger zählten wie so oft nicht Argumente, sondern die dickeren Oberarme.
Eine unüberwindbare Hürde in der Verständigung ist auch die „Kumpelmentalität" der Gegenseite. Für viele der anderen Gruppe spielt es keine Rolle um was es bei einem Konflikt geht. Zählen tut dann nur, daß einer, der z.B. rausgeschmissen werden soll, zur eigenen Szene gehört und Kumpel ist, während die RausschmeißerInnen sowieso nur „Automaten" sind, deren Argumente allein schon aus diesem Grund kein Gewicht haben.

Der andere wesentliche Kritikpunkt ist unsere mangelnde Öffentlichkeitsarbeit, weswegen gerade Leute von außerhalb zumindest überrascht waren, daß es zu einer so extremen Eskalation kommen konnte.
Diese Kritik stimmt zunächst. Nachvollziehbar dürfte aber sein, daß es schwierig ist, sich zu einem auf dem Sprengelgelände existierenden Konflikt öffentlich zu äußern, für den wir jahrelang keine Lösungsmöglichkeit sahen und auch jetzt nicht sehen. Der Unterschied zu früher besteht nun in der räumlichen Trennung, die für die Situation auf dem Sprengelgelände zwar eine neue Chance bedeutet, aber ganz und gar nicht garantiert, daß es zu keinen Übergriffen mehr gegen Einzelne, die „Sau", das UJZ Korn, das Sprengel oder andere Projekte kommt. Der hannoverschen Polit-Szene und Leuten aus kulturellen Projekten müßte - bei vorhandenem eigenen Interesse - der Konflikt bekannt sein. Seit Jahren gab es notgedrungen immer wieder große Plena, weil es von Seiten der Rausgeschmissenen und deren Umfeld zu Nazi-Sprüchen, antifeministischen und antischwulen Anmachen, Schlägereien oder direkten Angriffen gegen verschiedene Projekte kam.
Leute aus Hannover können vielleicht etwas damit anfangen, wenn wir an die Auseinandersetzungen um das *Putti 8*, die *Korn* oder an diverse Schlägereien bei Partys im *Elchkeller* erinnern. Dazu gab es aus der linksradikalen Szene öffentliche Stellungnahmen. Der Brandanschlag gegen die Sau im Juli '95 ging sogar durch die lokale Presse und machte (zwar verfälschend) deutlich, daß auf Sprengel alles andere als eine harmonische Gemeinschaft existiert. Daraus ergibt sich für uns, daß einige KritikerInnen die angerissenen Konflikte nicht wahrnehmen wollten, bzw. verharmlost haben.
Letztendlich aber stimmt es, daß in der Vergangenheit von unserer Seite zu wenig eindeutige Stellungnahmen kamen. Auch haben sich zu viele von uns durch Nicht-Verhalten oder sozialarbeiterisches „wir können beide Seiten verstehen" rausgezogen (das war ein Kritikpunkt anderer Leute von außerhalb).

Wenn wir uns auf so unzweideutige Fälle wie den der schwulen Sau beziehen, gibt es zum Rausschmiß der beiden Angreifer keine Alternative und es gibt in diesem Punkt von der „Gegenseite" nichts zu verstehen oder zu entschuldigen.
Über vieles andere sollte sehr wohl innerhalb und außerhalb des Sprengels diskutiert werden.

## Zur Kritik der "Gegenseite"

Durch die Stellungnahmen der Gegenseite zieht sich eine völlige Verharmlosung der Angriffe auf die „Schwule Sau", sie werden als entschuldbare Alk-Ausrutscher dargestellt.
In dem einen Papier tauchen zwei Sätze dazu auf, die nur besagen, daß so ein Verhalten zwar „nicht zu billigen ist", aber vorenthalten, wie diese „Nichtbilligung" denn aussehen könnte.
In einem zweiten Schreiben kommen zur Sau drei Sätze, die das Ganze als Versuch zweier Punks, „in dem ach so toleranten Umfeld der Sau" Bier zu bekommen, werten. Und: die beiden Punks „reagierten überzogen".
Parallel wird in beiden Papieren dieses seltsame „Eingeständnis" benutzt, um die Täter, die die Sau überfielen, als arme Opfer hinzustellen. Beispiele: „Menschen bei -7,5°C auf die Straße zu setzen ist genauso verachtend wie der Alk-Angriff auf die Kneipe Schwule Sau". Oder der Vorwurf, wir hätten die Gegenseite in einer Pressemitteilung als „Nazi-Punks" bezeichnet. Über den Begriff ließe sich streiten, benutzt haben wir ihn nicht. (Mal ganz abgesehen davon, daß hier mal wieder eine Pressemeldung unhinterfragt als „wahr" übernommen und, weil es gerade so schön paßte, gegen uns verwendet wurde).
Besonders das zweite Papier (von „denen, die Farbe bekennen") strotzt von Gruselgeschichten über die Taten der „politisch korrekten Autonomen Linken". Besonders kraß fällt die Behauptung auf, wir hätten „Leuten Äxte auf den Kopf gehauen". Das schließen wir definitiv aus. Andererseits sind mindestens zwei Fälle bekannt, wo Leute von uns mit Äxten attackiert wurden... In besagtem Papier stimmt so gut wie nichts, nicht einmal der zeitliche Ablauf der Geschehnisse (z.B. wurden die beiden Typen nicht, wie behauptet, nachts um 1.30 Uhr, sondern nachmittags gegen 17.00 Uhr rausgeworfen). Das Papier mutmaßt schließlich, daß alles eine von uns durchgeführte Verfassungsschutz-Aktion sei.
Das „lauter arme Opfer", nachdem sie uns rausgeworfen hatten, unser Haus von innen demolierten, wird in keinem der Papiere auch nur erwähnt.
Auch nicht in dem dritten Papier, welches zwar intellektuell-gesellschaftskritisch-analytisch daherkommt, nichtsdestotrotz aber vor Wissenslücken strotzt. So wurde das Sprengel nicht Anfang der 80iger Jahre, sondern 1987 besetzt. Von den damaligen BesetzerInnen sind immer noch einige auf dem Gelände, viele andere leben schon etliche Jahre hier und nicht wenige der „Ur-BesetzerInnen" kamen uns bei den Auseinandersetzungen und jetzt bei den Instandsetzungsarbeiten zu Hilfe.
In den ersten Jahren der Sprengel-Besetzung (in denen es intern auch nicht immer gerade rosig lief) wäre wesentlich einmütiger, früher und entschiedener gegen schwulenfeindliche Tendenzen vorgegangen worden.
Dieser Rückblick deshalb, weil wir als „Nachfahren der Ur-Besetzer in mindestens der zweiten Generation" dargestellt werden, woraus dann wiederum etwas wirre Schlußfolgerungen gezogen werden („Es handelt sich bei den Nordstadtkonflikten um Machtkämpfe rivalisierender Jugendbanden, die sich zum Teil einen politischen Anstrich geben möchten").
Wir sehen in keinem der drei zuletzt erwähnten Papiere einen Diskussionsansatz. Das erste („Erklärung einiger Leute der anderen Fraktion") betont lediglich, daß eine Aufarbeitung beiderseits nötig sei und eine Deeskalation angestrebt wird.
Zusätzlich erreichen uns die wildesten Gerüchte („Stalinisten werfen Anarchisten raus", „16-jähriger Punk von 10 - 15 Autonomen zusammengeschlagen", „Zusammengeschlagener erblindet nach Knüppelschlägen von Autonomen" ...), die bereitwillig und zum Teil auch entgegen besseren Wissens weiterverbreitet werden, um uns zu diffamieren und zu isolieren.
Wir fordern Euch auf, diesen Lügenstories - die in verschiedenen Städten kursieren - entgegenzutreten.

## Abschließend

Es wird keinen Wiedereinzug der Rausgeschmissenen geben.
Wir sind nicht an einem Kleinkrieg auf der Straße oder sonstwo interessiert. Von unserer Seite aus wird es keine Eskalation geben.
Wir werden uns aber gegen Angriffe - auf Einzelne oder gegen das ganze Haus - wehren.
Weiterhin sind wir auf Spenden - auch von Material - und die Unterstützung von außerhalb angewiesen.
Danke an die vielen Leute, die uns in den letzten 14 Tagen tatkräftig unterstützt haben!

Hannover, den 4.2.96

**Sprengel - Plenum**

Für Kritik u.a. sind wir zu erreichen unter:
Sprengel - Plenum Schaufelderstr. 33 30167 Hannover
oder e-mail: c.ostermann@oln.comlink.apc.org.

Presse-Erklärung von Café Morgenland, Frankfurt/M.

# JEDER IST UNS DER NÄCHSTE!

Mit der Verhaftung des libanesischen Bewohners der Asylbewerberunterkunft in Lübeck ist ein Höhepunkt eines Prozesses erreicht worden, der mit Solingen begonnen hat.

Die Betroffenheit und der Schock der deutschen Bevölkerung samt ihrer Herrschaftselite war seit den Ereignissen in Solingen sehr groß. Damit ist nicht die Tötung von den MigrantInnen gemeint, sondern die militanten Auseinandersetzungen der MigrantInnen mit dieser Stadt (demolierte Geschäfte, Autobahnblockaden usw), der Image-Verlust des Landes, die Gefährdung ihrer Exportfähigkeit.

Nicht zufällig wurde das Wort "Brandanschlag" von der Weltpresse original übernommen (neben den inzwischen bekannten Begriffen "Blitzkrieg", "Kindergarten", "Berufsverbot" usw.). Seither wurde die Linie - unterstützt von Medien und geduldet von großen Teilen der deutsche Linken - gefahren, daß es keine Brandanschläge und schon gar keine rassistischen Brandanschläge zu geben hat.
Damit war nicht gemeint, die Verfolgung rassistischer Aktivitäten konsequent zu unterbinden, sondern sie alles andere als rassistisch zu erklären. Egal, ob dies glaubhaft erschien oder nicht. Denn nicht die störende Wahrheit war gefragt, sondern die massenhaft sehnlichst gewünschte Täter-Entlastung, solche, die dem rassistischen Klischee dieser Bevölkerung entsprach.

Rassistische Variante Nr.1: Wie jeder Stammtischbruder weiß, können Ausländer weder ordnungsgemäß den Klo-Spül-Mechanismus bedienen (Rostocker Variante) noch mit Technik und Elektrik umgehen. So wurden eine Reihe von Brandanschlägen mit der Begründung des "technischen Defekts" sowohl von protestierenden als auch von den "Ermittlern" ad acta gelegt.
Als eine 4-köpfige tamilische Familie in Lambertheim in Hessen vor drei Jahren durch einen Brandanschlag ums Leben kam, erklärte dies die Polizei als "Unachtsamkeit" der BewohnerInnen. Die antirassistische Demonstration, die anschließend stattfand, wurde von der dort ansässigen deutschen Bevölkerung mit dem Vorwurf attackiert "ihr funktionalisiert einen Unfall für eure Zwecke". Und weil Gründlichkeit in Deutschland deutsche Gründlichkeit ist, verlangte später der Bürgermeister von den Hinterbliebenen die Rückerstattung (sie waren ja selber schuld) der Beerdigungskosten! **Ein Jahr** später stellten sich die Täter (zwei deutsche) der **Polizei**, "weil sie ein schlechtes Gewissen hatten". Als Motiv **gaben sie** "Frust wegen einer verpaßten Verabredung" an.

**Rassistische** Variante Nr.2: Deutschtum und Deuschtümelei basieren **auf der Annahme**, daß nur "autarke" und "homogene" Völker (was das **auch immer sein mag**) harmonisch unter sich leben können. Wie sagte **das alte Ehepaar am Rande der Lübecker Demo am 20.1.96? "Weizen und Mais muß man trennen. Sonst klappt** es nicht".
Ausgehend von dieser herrschenden rassistischen Einstellung wurden und werden (auch im Fall Lübeck) Bilder von sich streitenden "Volksgruppen" (Libanesen gegen schwarze Menschen, Türken gegen Polen usw.) als Grund von Brandanschlägen präsentiert.
Diese Einstellung ist die Projektion der eigenen rassistischen Haltung zu anderen Völkern: Wenn die Deutschen keinen anderen in ihrem Land und schon garnicht in ihrer Nähe dulden können, so gilt dies auch bei anderen Völkern.
Oder die "Mentalitäts"-Version: Eifersucht bei Ausländern führt - wegen ihrer Mentalität - zu Brandanschlägen (aktuell präsentiertes Motiv für den verhafteten Libanesen).



D.h., die rassistischen Angriffe finden in der Regel zweimal statt: Zuerst als Brandanschlag und anschließend als Reproduktion und Verfestigung rassistischer Klischees und Einstellungen.
Wenn nun, trotz aller Bemühungen, die TäterInnen nicht versteckt werden können (da sie sich entweder offen in Rudelformation vor den Heimen zeigen oder sich gar nicht erst bemühen abzuhauen), dann tritt die dritte Variante in Kraft:

Der/die TäterInnen haben psychische Probleme (zweiter Brandanschlag auf die Lübecker Synagoge, Täter ein Deutscher) oder Doping-Effekt, d.h. Alkohol im Spiel (in Berlin haben acht besoffene Deutsche einen Polen in der Spree ertränkt) oder der/die TäterInnen hatten Frust bzw. Streit in der Familie (übliche Entlastung von jugendlichen Brandstiftern) oder sie fanden sich in feierlicher Stimmung (300 Himmelfahrtsväter in Schönau) oder es gab Nachbarschaftsstreit zwischen den Kindern (Waldhofer
Pogromnacht - 200 deutsche Nachbarn haben in der Nacht zum 26.5.94 versucht, die in ihrer Straße seit 20 Jahren lebenden 2 türkischen Familien zu lynchen, sodaß sie durch die Polizei aus der Straße für immer evakuiert werden mußten).
Oder der/die TäterInnen waren "high" (Drogensüchtige am Werk - so wurde der Brandanschlag auf das von MigrantInnen bewohnte Haus in der Stuttgarter Altstadt - wo 7 Menschen starben -präsentiert! Anderthalb Jahre später gestand der eigentliche Täter, ein Deutscher, - in Zusammenhang mit anderen Brandanschlägen - seine Tat) oder, wie in Magdeburg der Polizeipräsident die Exzesse der Himmelfahrtssöhne erklärte: Schuld für die Hetzjagd war die starke Sonne in Verbindung mit Alkohol.
Wann und in welcher psychischen oder physischen Lebenssituation bringen Deutsche eigentlich keine Ausländer um?
Wir haben es bereits gesagt: Der Anlaß ist beliebig. Denn es handelt sich um eine Alltagsnormalität in Deutschland bzw. um einen potenzierten Vernichtungswillen, der nicht nach Motiven, sondern nach Anläßen sucht, um sich mörderisch zu artikulieren.
Egal in welchem Zustand die Deutschen sich befinden, fällt ihnen als erstens ein Nichtdeutsche zu töten. Wenn man/frau dabei berücksichtigt, daß bisher 80% der TäterInnen bei den rassistischen Angriffen keine Neonazis oder Skinheads, sondern stinknormale deutsche BürgerInnnen waren, dann gilt für uns: Aufpassen! Jeder ist uns der Nächste.
Daher ist die Suche nach den unmittelbaren TäterInnen (selbst bei unterstellter Bereitschaft der Behörden) äußerst schwierig: Bei 80 Mio. potentiellen TäterInnen geht es nicht um die Suche nach der berühmten Nadel im Heuhaufen, sondern um die Suche nach der Nadel im Nadelhaufen!

Der volksgemeinschaftliche Entlastungswunsch - der seit den Attacken des Auslands auf Deutschland sich verstärkt hat - wird auch in den konkreten Fällen durch die Polizeiermittlungen untermauert. Fast immer werden so oder so die Opfer zu TäterInnen gemacht.
Es ist somit ein Punkt erreicht worden, wo wir uns gezwungen sehen, uns einzumischen:

Café Morgenland behält sich vor, zusammen mit anderen MigrantInnen-Gruppen ein "Untersuchungskomittee zur Aufklärung der Verbrechen des organisierten Deutschtums" einzuberufen.
Im Vordergrund dieser Arbeit wird weder der Vorwurf des Dilletantismus der Ermittler (sonst müßten wir besser geschulte Bullen fordern) noch kriminalistische Arbeit zur TäterInnen-Erfassung stehen (obwohl wir es sehr wichtig finden, sind wir dazu nicht imstande).
Vielmehr soll es darum gehen, die Offenlegung des inzwischen verschärften "German-Problem" zu vollziehen, mit dem Ziel, die offizielle "Deckel-drauf"-Linie zu Fall zu bringen, die hier

lebenden Flüchtlinge und MigrantInnen zu informieren sowie das Land im Ausland zu denunzieren.
Wir erhoffen uns davon, die Unversehrtheit der MigrantInnen und Flüchtlingen einigermaßen sicherzustellen.
In dem vom Apparat und Volk generalstabsmässig organisierten "Verwirrspiel" ist alles drin: Von Freilassung des verhafteten Flüchtlings, von erzwungenen Schuldbekenntnissen, von manipulierten Zeugenaussagen bis hin zur "Selbstermordung" (Stammheim und Bad Kleinen lassen grüssen). Bei jedem Brandanschlag, bei jedem aufkommenden MigrantInnen-Protest wird dies so oder ähnlich ablaufen, wenn wir es nicht unterbinden.
Ja, wir geben zu, daß unser Mißtrauen gegen den Apparat und sein Volk grenzenlos ist.
Wenn andere die "Vorurteile gegen die Deutschen" oder "Haß gegen die Deutschen" als Vorwurf von sich weisen, so gilt es für uns - wenn es an uns gerichtet ist - als Feststellung.
Das sind unsere Erfahrungen im Land der Deutschen. Es ist viel zu viel geschehen in diesem Land. Es sind viel zu viele von uns umgebracht worden. Es geschieht weiterhin täglich viel zu viel, um unsere Einstellung zu Land und Leuten von irgendeinem offiziellen Ermittlungsergebnis abhängig zu machen.
Daher sehen wir die Bildung eines "Untersuchungskomittees zur Aufklärung der Verbrechen des organisierten Deutschtums" weder als unabhängig noch als überparteilich noch als neutral noch als objektiv an.
Im Gegenteil: Es wird abhängig von dem MigrantInnen-Auftrag sein müssen, es wird Partei für die Nichtdeutschen ergreifen müssen, es wird einseitig die Interessen der Flüchtlinge und MigrantInnen vetreten müssen und es wird die subjektiven Empfindungen der Betroffenen wahrnehmen müssen.
Adressat der Untersuchungsergebnisse werden in erster Linie die hier lebenden MigrantInnen/Flüchtlinge und das Ausland sein. Weder geht es uns um die Rettung der "Rechtsstaatlichkeit" dieser Gesellschaft noch um ein besseres Deutschland. Hier ist nichts mehr zu machen.
Uns gegenüber hat sich längst eine Einheitsfront formiert, die keine Parteien und keine Ideologien mehr kennt und zur Entlastung bzw. zum Abschütteln des deutschen Makels nicht nur in der FAZ/TAZ aufruft. Die PDS z.B. (siehe Neues Deutschland vom 22.1.96) hat die Vorreiterrolle für den Schutz der grevesmühlener Volksgemeinschaft übernommen, nach dem Motto "lieber ein Nazi-Volk als gar kein Volk".
Diejenigen aus dem herrschenden politischen Lager, wie der Bürgermeister von Lübeck oder die Amtsleiterin vom Multikulti-Amt in Frankfurt, die aus der Reihe getanzt sind, werden zur Zeit regelrecht diszipliniert, ihre Äußerungen als Beleidigung des deutschen Volkes (schön wäre es) attackiert. Die FDP in Hessen verlangt bereits den Rücktritt der Amtsleiterin.
Denn in diesen für Deutschland schweren Zeiten gilt, daß alle zusammenhalten müssen. Anders ausgedrückt, ein Komplott, deutsche Bevölkerung, Polizei und Politik, kann nur funktionieren, wenn keine Widersprüche in den eigenen Reihen aufkommen (dürfen).

Die Bildung eines MigrantInnen-Komittees ist die Fortsetzung unserer Demo am 20.01.96 in Grevesmühlen mit anderen Mitteln.

25. Januar 1996

*Lübeck - warum wir von einem rassistischen Anschlag überzeugt sind :*

*Der von den Ermittlungsbehörden als "Täter" präsentierte Safoan E. - von MitbewohnerInnen als "besonnen" geschildert - hat nicht gestanden, sondern vielmehr geäußert : "Sie(!) waren es " (SZ 24. 1. 96). Er und seine achtköpfige Familie schliefen im Haus (SZ 22.1., jungeWelt 24. 1.) und erlitten Verletzungen (ZDF-heute 21. 1.). Streitigkeiten, in die er laut Polizei verwickelt gewesen sein soll, werden von den HausbewohnerInnen einstimmig verneint, sogar von seinem angeblichen "Widersacher" Gustave S. (SZ, jW 24. 1.). Hingegen berichten BewohnerInnen - unabhängig voneinander - von einem Knarren der Gartentür, einem Gegenstand, der ins Haus flog und anschließendem Knall sowie Feuerschein in der Nacht zum 18. 1. (jW 24. 1.). Auch war die beschädigte Haustüre jederzeit leicht zu öffnen (jW 24. 1.).*
*Versuchte Anschläge auf das Lübecker Flüchtlingsheim, so z. B. im Dezember 95, wurden von der Polizei bereits in der Vergangenheit konsequent ignoriert (jW 24. 1.). Die Strategie der Ermittlungsbehörden, bei rassistischen Anschlägen gegen die Opfer zu ermitteln, hat Tradition, wie die Beispiele von Hattingen (jW 23. 1.), Herford (SZ 19. 1.) und Stuttgart (jW 20. 1.) belegen. Auch nach Mölln und Solingen wurde zunächst von TürkInnen-"Fehden" gefaselt.*
*Das organisierte neofaschistische Spektrum (DVU, NF) in Lübeck und dem nahegelegenen Grevesmühlen, auf dessen Konto bereits zwei Brandanschläge auf eine Synagoge (3/94, 5/95) gehen, weist jedoch ganz klar auf einen weiteren rassistischen Massenmord hin(jW, SZ 19. 1.)!*

10 Menschen sind tot, 38 weitere z. T. schwer verletzt (SZ 22. 01. 96).

Resultat einer Politik, die hier seit Jahren betrieben wird: die Wut über die Verhältnisse wird in Agression/Gewalt auf in der BRD lebende MigrantInnen kanalisiert. Mit tödlicher Konsequenz, wie Mölln, Solingen, die Pogrome in etlichen Städten und jetzt Lübeck gezeigt haben. Der rassistische Grundkonsens in der BRD dient deren Interesse an einer europäischen Festung, in der MigrantInnen keinen Platz haben, weil sie den kapitalistischen Verwertungsinteressen nicht entsprechen, für die Wohlstandsinseln des Imperialismus gar eine Gefahr bedeuten. Den Trägern des Systems ist es sehr wohl bewußt, wie sich die weltweite Ausbeutung und damit der Grund für Flucht in den kommenden Jahren noch verschärfen wird. Die EU-imperialistische Epoche verschafft sich schon heute die Grundlage, es den weltweiten Migrationsbewegungen so schwer wie nur irgend möglich zu machen - durch alltägliche rassistische Gewalt auf den Straßen, rassistische Bullenkontrollen, Abschiebeknäste, militärische Abschottung der Grenzen und durch Angleichung der Gesetze (wie Asylschnellverfahren, Europol etc.) in allen EU-Staaten.

Ein wesentliches Mittel, womit der Rassismus in der BRD geschürt und legitimiert wird, sind die bürgerlichen Medien: durch gezielte Informationspolitik haben sie maßgeblich zu dem heutigen Klima beigetragen. Die Spitze medial produzierter Gewalt kommt von einigen ScharfmacherInnen, die diesen Apparat für ihre dreckige Politk nutzen.

Einer von ihnen ist **DIETER FABRITIUS, wohnhaft im Zwergerweg 14, 81369 München**, Redakteur der Süddeutschen Zeitung.

Seine Spezialität ist die Polizeiberichterstattung, in der er auf übelst diskriminierende Weise über sogenannte "Ausländerkriminalität" schreibt. Dabei spart er nicht mit plumpen Vorurteilen und offener Hetze gegen Menschen ohne deutschen Paß. Nicht selten werden in seinen Artikeln vermeintliche TäterInnen in BILD-Zeitungsstil vorverurteilt. Ebenso greift er einseitig auf die Informationen der Pressestelle der Polizei zurück, um durch selektives Zitieren gezielt Meinung zu manipulieren. Seine Berichte zielen durchweg darauf ab, die Angst vor "den kriminellen Ausländern" bei den LeserInnen zu schüren.

Z. B.: "Alle größeren Sammelunterkünfte für Asylbewerber haben sich zu Drogenumschlagplätzen für Jugendliche entwickelt. Verkäufer seien vor allem Nigerianer, sonst überwiegend Albaner, die häufig gezielt als Asylbewerber einreisen, um mit Rauschgift zu handeln. Sie seien dabei, mit Dumpingpreisen die türkischen und kurdischen Dealer vom Markt zu verdrängen. Der Zwischenhandel mit Kilomengen liege zu 90 Prozent in Ausländerhand" (SZ 25/26. 03. 95). Im selben Artikel nennt df den Mord an dem Flüchtling Sammy Nelson, der von Polizisten zu Tode geprügelt wurde, "Drogentod des nigerianischen Dealers"!

Oder: "In den Singsang der Ostasiaten hackt karstiger Konsonantenklang vom Balkan, platzt Afrikas Vokalpalaver (...) ... in deren stickiger Luft Knoblauch, Schweiß und manchmal Putzmittel auszumachen sind (...)" (SZ 06. 04. 95).

Solche Art Informationspolitik hat das Ziel, MigrantInnen zu diskreditieren, ist also gängige Praxis, um das Klima hier noch weiter anzuheizen.

Wir wollen im Zusammenhang mit den brutalen Morden in Lübeck nicht nur unsere Wut und Trauer darüber äußern, sondern auch die Strukturen, die für solche Taten mitverantwortlich sind, ans Licht der Öffentlichkeit bringen.

Dieter Fabritius steht stellvertretend für hunderte von ZeitungsredakteurInnen in der BRD, wenngleich uns selten ein solches Ausmaß an Fanatismus und bewußter Verleumdung begegnet ist. Aus diesem Grund haben wir am 5. 2. 96 ein Transparent mit der Aufschrift:

**Hier wohnt Dieter Fabritius**
**Er wirft Brandsätze in der SZ**
**Am 18. 1. töteten sie 10 Flüchtlinge in Lübeck**
**Wandelt Hass + Trauer zu Widerstand!**

vor seine Privatwohnung gehängt, es fotografiert und an die Presse mit dieser Erklärung geschickt. Außerdem wurden die anliegenden BewohnerInnen über D. Fabritius informiert.

Jedes Herz eine Zeitbombe! Jede und jeder hat die Entscheidung, sich diesem System zu verweigern, sich zu organisieren. Die ProfiteurInnen der rassistischen Gewalt zur Rechenschaft zu ziehen, bedeutet den Sprung vom bloßen Anti-Nazi-Kampf zur offensiven Auseinandersetzung mit dem BRD-Staat und seinen Strukturen.

WUT + HASS ÜBER DIE MORDE!
KAMPF DEM FASCHISMUS AN JEDEM ORT!
ERKENNT DIE LÜGEN, VERDREHUNGEN UND DENUNZIATIONEN DER BÜRGERLICHEN MEDIEN!
SABOTIERT SIE!

Wir dokumentieren einen Artikel aus der EinSatz, Ausgabe Februar 1996. Redaktionsanschrift: EinSatz, c/o Buchladen, Rote Straße 10, 37073 Göttingen

**Hamburg. Nach den bundesweiten Hausdurchsuchungen am 13.6.1995 sind vier Männer in Untersuchungshaft genommen worden, weil ihnen die Herstellung der Zeitung radikal vorgeworfen wird. Die soll nach Meinung der Bundesanwaltschaft (BAW) eine »kriminelle Vereinigung« sein. EinSatz! sprach mit Ralf, einem der Beschuldigten, der im Dezember aus dem Gefängnis entlassen wurde.**

***EinSatz!:*** Wir freuen uns, daß ihr alle wieder draußen seid. Auch wenn Du es sicher schon oft erzählt hast, interessiert es uns, wie es Dir im Knast ergangen ist.

***Ralf:*** Es ist komisch, aber es fällt mir immer schwerer, auf diese Frage zu antworten. Je länger ich jetzt wieder draußen bin, desto irrealer kommt mir die Zeit im Knast vor. Die längste Phase der sechs Monate war ich in Einzelhaft und Isolation. Das bedeutet, daß ich 23 Stunden am Tag alleine in der Zelle war, unterbrochen nur durch den Einzelhofgang und die Essensausgabe. Alle 14 Tage hatte ich einen einstündigen Besuch mit Trennscheibe und der Überwachung von einem LKA ler und einem Schließer. Die Post wurde komplett vom BGH-Richter gelesen und kräftig zensiert. Trotzdem waren es gerade die vielen Briefe von draußen, die mir die Kraft gegeben haben, die ich brauchte, um durchzuhalten. Erst nachdem ich wieder draußen war, sind mir die Auswirkungen bewußt geworden. Aber ich habe auch sehr viel aus der Zeit über mich und meine Beziehungen gelernt und vor allem auch gemerkt, wie wichtig und notwendig der lebendige Austausch mit lieben und solidarischen Menschen ist.

***EinSatz!:*** Die U-Haft ist jetzt erstmal vorbei. Ihr seid aber unter Auflagen draußen...

***Ralf:*** Das stimmt, aber mittlerweile hat sich schon etwas verändert. Wir sind Anfang Dezember gegen eine Kaution von 20.000 DM pro Person aus der Haft entlassen worden. Wir mußten unsere Personalausweise abgeben und uns dreimal wöchentlich bei der Polizei melden. Und wir hatten die Auflage, daß wir ehemaligen Gefangenen keinen Kontakt zueinander aufnehmen durften, nicht einmal über Dritte. Besonders der letzte Punkt hat natürlich eine massive Einschränkung der Soliarbeit bewirkt, und sie haben sich damit offengehalten, uns jederzeit wieder einzuknasten. Ende Dezember wurde das Verfahren an das OLG Koblenz abgegeben. Und ab dem 24.1.1996 sind nun die Auflagen gelockert worden, d.h. wir müssen uns nur noch einmal pro Woche melden, und das Kontaktverbot ist aufgehoben.

***EinSatz!:*** Was wollten die staatlichen Institutionen mit einem derart harten Vorgehen erreichen?

***Ralf:*** Augenscheinlich war am Anfang ja schon, daß die BAW versucht hat, uns als unheimlich gefährliche Terroristen hochzustilisieren. Da waren die gleichzeitigen Durchsuchungen wegen radikal, AIZ, K.O.M.I.T.E.E., der RAF, dann die Haftbedingungen... Seit dem ersten Erscheinen vor 20 Jahren gab es ja bereits viele Versuche, die radikal zu kriminalisieren. Im jetzigen Verfahren wurde immer wieder deutlich, eine Organisierung, die sich der staatlichen Kontrolle entzieht, als »direkten Terror« zu verkaufen. In der Haftprüfung meinte Ermittlungsrichter Beyer, daß die radikal konspirativer arbeiten würde als die RAF. Ich finde, das verdeutlicht auch ein wenig den Charakter von solchen Konstrukten. Die selbstverständliche Gleichsetzung von bewaffneten, militanten Widerstand und der radikal soll, wenn das so durchgeht, jegliche Diskussion und Organisierung von radikalen Linken in der BRD kriminalisieren. Der Angriff gegen die radikal bzw. vom 13.6.1995 muß auch im Zusammenhang mit anderen aktuellen Verfahren, wie z.B. dem gegen die Autonome Antifa (M), gesehen werden. Im allgemeinen hat staatliche Repression natürlich immer auch den Zweck, einzuschüchtern, zu spalten, uns zu beschäftigen, unsere Strukturen zu durchleuchten usw.

***EinSatz!:*** Gibt es im radikal-Verfahren Besonderheiten und Neues in der Vorgehensweise der staatlichen Stellen?

***Ralf:*** Eine Besonderheit ist der von der BAW benannte Beginn des Verfahrens mit dem Lauschangriff auf ein Haus in der Eifel. Dort soll ein angeblich konspiratives Redaktionstreffen stattgefunden haben, das mitgeschnitten wurde. Natürlich müssen im Grunde alle davon ausgehen, daß Telefone abgehört werden, daß observiert und überwacht wird. Neu in diesem Fall ist aber, daß der Lauschangriff auch auf private Räume ausgedehnt worden ist und dies nun per Gerichtsbeschluß als präventive Maßnahme erfolgt ist, was nach den geltenden Gesetzen verboten ist. Somit soll dem Ergebnis der öffentlichen Diskussion um den großen Lauschangriff durch die Schaffung von juristischen Fakten vorgegriffen werden. Neu ist auch der Vorwurf, daß die Beteiligung an der Herstellung der radikal generell den Straftatbestand der »Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung« erfüllen soll. Dieses Konstrukt nach § 129 verfolgt verschiedene Ziele, die nicht nur in diesem Verfahren interessant sind. So wird das Vereinigungskonstrukt nicht mehr nur auf Strukturen angewandt, die militanten Widerstand leisten, sondern bereits auf diejenigen, die diesen thematisieren und/oder über revolutionäre Perspektiven diskutieren.

***EinSatz!:*** Auf § 129 stützt sich ja auch die Anklage gegen 17 mutmaßliche Mitglieder der Autonomen Antifa (M) in Göttingen...

***Ralf:*** Das stimmt, in diesem Verfahren gibt es einige Ähnlichkeiten. Auch hier soll die Organisierung von Diskussionen und Strukturen zerschlagen werden. In beiden Fällen soll versucht werden, ein gesellschaftlich akzeptiertes und erkämpftes Recht auszuhebeln, bei der radikal die Pressefreiheit, bei der Autonomen Antifa (M) das Recht auf Demonstration. Letztlich geht es darum, politische Räume dichtzumachen und linksradikale Positionen endgültig aus der öffentlichen Diskussion oder von der Straße zu verbannen. Mit dem § 129 soll auch eine Entpolitisierung erreicht werden und längerfristig die Schwelle für eine mögliche Anklage heruntergesetzt werden (höhere Strafen schon für sog. Bagatelldelikte). Und außerdem entfällt ja auch die Notwendigkeit, daß jedem Mitglied das jeweilige »Vergehen« einzeln nachgewiesen werden muß.

***EinSatz!:*** Deshalb ist eine Forderung der UnterstützerInnen der Göttinger Angeklagten die Abschaffung der §§ 129/129a, die auch von bürgerlichen Gruppen getragen wird. Wie sieht die Unterstützung für Euch aus?

***Ralf:*** Nach dem was ich in den letzten Wochen jetzt mitbekommen habe, ist es in der Soliarbeit gelungen, einen großen Teil des Abriggebliebenen linksradikalen Widerstands zu mobilisieren, wobei ich aber nur über die Situation in Norddeutschland etwas sagen kann und über das, was ich aus Erzählungen weiß. Die Demo in Hamburg mit über 5.000 Menschen unter dem Motto »Linksradikal ins nächste Jahrtausend« war dafür ein Ausdruck. Ich denke, daß es weiter darum gehen wird, auch in liberalere Gesellschaftsgruppen die exemplarische Bedeutung der Konstrukte um den § 129, den Lauschangriff und die Aushebelung der Presse- und Meinungsfreiheit hineinzutragen. Aber genauso bleibt es wichtig, auch die weiteren Verfahren gegen linke Strukturen in Verbindung zu setzen. Neben dem Verfahren gegen die radikal-, K.O.M.I.T.E.E.- und AIZ-Beschuldigten sind dies ja das Antifa (M)-Verfahren, die Beugehaft im Zusammenhang mit dem VS-Spitzel Steinmetz gegen die FrankfurterInnen, die Prozesse gegen KurdInnen, die weitere Verfolgung der ehemaligen Mitglieder und Gefangenen der RAF usw.

***EinSatz!:*** Welche Ziele und Forderungen verfolgt ihr noch in der weiteren Soliarbeit?

***Ralf:*** Das nächste Ziel muß die Aufhebung der Haftbefehle sein, denn in der ganzen positiven Entwicklung darf nicht vergessen werden, daß immer noch vier radikal-Beschuldigte untergetaucht sind und sich der Verhaftung entziehen. Ihre Verfahren werden weiter von der BAW geführt, und ich vermute, die wird sie nicht ohne weiteres aus den Händen geben. Ich kann nur hoffen, daß es ihnen gut geht und daß sie, wie auch die in den anderen Verfahren Untergetauchten, viel Kraft und Unterstützung haben. Und dann sind die zentralen Themen klar auch die Abschaffung der Gesinnungsparagraphen §§ 129/129a, des Lauschangriffs und...wie heißt es so schön - trotz Repression den eigenen Widerstand entwickeln.

***EinSatz!:*** Ein gutes Schlußwort... n

*Solikonto für die Verfolgten: Rote Hilfe e.V. Konto: 91012880 BLZ: 21050170 Sparkasse Kiel Verwendungszweck: »13.6.«*

2. Vorbereitungstreffen

2. VORBEREITUNGSTREFFEN
"LINKSRADIKAL & MIETFREI IN'S NÄXTE JAHRTAUSEND"

WIR ( HÄUSERMOB ) PLANEN "BESETZERINNENTAGE" IM ZEITRAUM VOM 5. - 13. APRIL DAZU FREUEN WIR UNS ÜBER EURE BETEILIGUNG DURCH VERANSTALTUNGEN WIE KONZERTE, VOKÜS, TRÖDELMARKT, KINO, STÄNDE, etc.

WENN IHR ALS PROJEKTE/INIS/PERSONEN LUST HABT. EUCH IN IRGENDEINER FORM EINZUKLINKEN. KOMMT ZUM 2. TREFFEN AM SO. 18.2. UM 14.00 UHR IN DIE KÖPI, -- (FRÜHSTÜCK):

UNSER VORLÄUFIGES PROGRAMM SIEHT VOR:
- VERANSTALTUNGEN SOLLEN SCHWERPUNKTMÄßIG IN BESETZTEN RÄUMLICHKEITEN STATTFINDEN:
- DIE VERANSTALTUNGSTAGE SIND NACH BEZIRKEN GEGLIEDERT:
- ES SOLL TÄGLICH FRÜHSTÜCK, VOKÜ, VERANSTALTUNGSANGEBOT TAGS UND NACHTS GEBEN.
- FÜR EINE SCHLAFPLATZBÖRSE WERDEN UNTERKÜNFTE UND ORGANISATORiNNEN BENÖTIGT.
- ZAHLREICH AKTIONEN

DER HÄUSERMOB

# Boykottiert "Härter bis Wolkig"!

## Kein Konzert mit Sexisten, Vergewaltigern & Täterschützern!

**geplant in Weinheim, Cafe Central, 15. März 1996**

Am 15. März 1996 soll im Cafe Central in Weinheim (BaWü) ein Konzert der Gruppe "Härter bis Wolkig" (ehem. "Heiter bis Wolkig" - in Folge: HbW) stattfinden.
Mitveranstalter und Verantwortlicher für den Kontakt zur Gruppe ist Carsten Labudda von der PDS Weinheim.

### Chronologie der Ausseinandersetzung mit HbW:

**07.02.1994:** Konzert von HbW in der Roten Flora, Hamburg. Eine Gruppe von Frauen geht während des Konz auf die Bühne um gegen sexistische Inhalte und Darstellungen zu protestieren. Teile des Publikums reagieren mit reaktionärem, ultrasexistischem Gegröhle. HbW verhält sich hierzu nicht: "Wir sind doch nicht für unser Publikum verantwortlich..."

**In den folgenden Diskussionen** behalten sie diese Sichtweise bei und setzten noch eins drauf. Darauf angesprochen, wie sie reagiert hätten, wenn aus dem Publikum "Sieg Heil!" gerufen worden wäre, sagten sie, "daßs es da eine Grenze gäbe", daß "das etwas anderes gewesen wäre". - "Scheiß Emanzen!", "Fotzen!" ist ihnen aber keine einzige Silbe wert.

Michael hat am 02.02.95 nach einem Konz in Paderborn eine Frau vergewaltigt. **Am 29.04.94** fahren Frauen aus Paderborn zu einem HbW-Konz nach Bielefeld. Michael wurde nach dem Konz aufgefordert, innerhalb von HbW klarzustellen, daß er ein Vergewaltiger ist. HbW erhielt ein Papier, das sie aufforderte, sich zu der Tatsache zu verhalten, daß sie mit einem Vergewaltiger auf Tour sind. Bei einem Treffen zwischen 2 Frauen und HbW-Mitgliedern am Tourbus erfuhren die Frauen, daß Michael die Gruppe bereits informiert hatte, die Schilderung des Geschehenen aber abgemildert hatte. Innerhalb HbWs gab es eine relativierende Debatte über "sexuellen Mißbrauch" und "tatsächliche Vergewaltigung".
Nach einer kurzen Diskussion dort stellten die Frauen die Forderung, daß HbW sich innerhalb 2 Wochen öffentlich dazu verhalten sollten, diese Forderung ging zusätzlich am 04.05.1995 schriftlich beim HbW-Büro ein.

**Mitte Mai 1994** wird das HbW Mitglied Michael von dem Paderborner FrauenLesben-Zusammenhang als Vergewaltiger öffentlich gemacht.

**In der Folge** findet keine konkrete inhaltliche Stellungnahme von HbW statt. In ihrem Papier "Einige ausgewählte, möglichst nüchterne Darstellungen der Ereignisse der letzten Zeit" stellen HbW den Vergewaltigungsvorwurf in eine Reihe mit "Sabotageakten" gegen HbW und sprechen von einer Intrige, deren "unschuldige Opfer" sie seien. Ihrer Überzeugung nach ist die Vergewaltigung (sie sagen: Der Vergewaltigungsvorwurf) eine Privatsache zwischen Michael und der Frau, die Forderung an HbW, sich dazu öffentlich verhalten wird als "Unverschämheit", der gesamte "Vergewaltigungs-Komplex" als "äußerst lästige Angelegenheit" empfunden.
Sie reagieren auf öffentlichen Druck mit der einstweiligen Beurlaubung von Michael.
Wolli von HbW ist mittlerweile aus der Gruppe ausgestiegen; er erklärt, daß er auf der Basis dessen, was Michael ihm persönlich über das Geschehene erzählt hat, darin eine klare Vergewaltigung sieht und kritisiert des Nicht-Verhalten der anderen Gruppenmitglieder.

**Im weiteren Verlauf** gibt HbW verschiedene Stellungnahmen heraus, in denen sie relativieren und verschleiern; so nehmen sie sich nicht nur als Typen, sondern in diesem Fall als Täter und Täterschützer das alleingültige Recht heraus, Vergewaltigung zu definieren.
Parallel dazu begeben sie sich auch auf die juristische Ebene: Unterlassungsklagen bzl. des Vergewaltigungsvorwurf werden per Anwalt gegen Zeitungen (z.B. Stadt-Revue, Köln) angestrengt. Micheal droht der Frau mit Verleumdungsklage, falls sie die Anschuldigungen gegen ihn öffentlich wiederholt.

**Sommer und Herbst 1994** gibt es im Umfeld versuchter oder durchgeführter HbW-Auftritte immer wieder Auseinandersetzungen um die ganze Angelegenheit.
Ein geplantes Konz in Hamburg, das zusammen mit der Fanladen St. Pauli veranstaltet werden soll wird nach Diskussionen zwischen den Veranstaltern und autonomen Männergruppen abgesagt.

**1995** wird dann aber von den gleichen Veranstaltern ein Auftritt von HbW in Hamburg durchgezogen, die Gruppe "Absolut Beginners" sagt ihren Auftritt ab, da sie nicht zusammen mit HbW spielen wollen.

**HbW-Tour 1995/96:** Seit Herbst 95 läuft nun die "Sexist..." äh, "Terroristen-Tour" von HbW. Bislang wissen wir nur, daß sie in Salzwedel und Mannheim etwas Ärger bekamen.
In Salzwedel **(Okt. 95)** wurde die Halle in der Nacht vor dem Konz mit Buttersäure angegangen. beim Konz selbst blockierten einige Frauen den Haupteingang, einige andere und Männer verteilten Flugis zu HbW. Auch HbW verteilte ein Flugbatt vom Sommer 95, in welchem sie pauschal, ohne auf die Sachen einzugehen alle gegen sie gerichteten Vorwürfe bestritten. Laut einem Flugi, welches die GegnerInnen nach der Veranstaltung herausbrachten, bezeichnete selbst Michael dieses Flugi als "zu platt". Er stand vor dem Eingang rum und beteuerte immer wieder seine Unschuld, redete von Neid und Mißgunst auf ihren Erfolg...bla-bla... Interessant aber hier noch einige Zitate von ihm an diesem Abend: "Wenn die Antifas mal keine action mit Nazis haben, müssen wir eben herhalten..." - "Nach dem Anschlag von letzter Nacht haben wir eigentlich mit einem Rollkommando gerechnet und ich habe mich schon gefreut mal einem (kein Tippfehler!) in die Eierstöcke treten zu können". Als die GegenerInnen dann gingen rief er einer Frau "Nazi-Tante" hinterher.
In Mannheim (Forum der Jugend, **Dez. 95**) roch es im Foyer auch ziemlich streng. Zwei Frauen wurden deshalb

wegen ihrer Zugehörigkeit zum "VEB laut & lästig" dafür rausgeschmissen (linke Manheimer Kulturini; verhielt sich in der Vergangenheit krtitisch zu HbW und bekam nach einem Gespräch mit HbW von diesen ohne Beweise vorgeworfen, die Reifen vom Tourbus geplättet zu haben).

Bis hierher die Chronologie.

Nach der Auseinandersetzung im Frühjahr 1994 dachten eigentlich ziemlich viele, daß das Thema HbW so ziemlich abgehakt sei. Momentan allerdings können HbW auf eine große, schwammige, opportunistische Punk-, "Antifa-", Linke-Musik-Szene zählen, wenn es um Relativierung, Vergeben & Vergessen - neuerdings sogar um pauschales Abstreiten jeglicher Vorwürfe geht. Sie haben eine sehr breite Unterstützung wenn sie GegenerInnen als "Linksfaschisten", "verkrachte Existenzen", etc. verunglimpfen.
Es wundert uns in diesem Zusammenhang nicht, daß z.B. ZAP (speziell Moses) HbW unterstützen. Finden sich doch im ZAP schon mal Bilder gefesselter Frauen mit saudummen Sprechblasen dazu, oder Fortsetzungsromane auf prä-pubertären Möchtegern-Bukowsky-Niveau. Auch über Moses & Kumpels von der APPD sagen TV-Auftritte "Live im Schlachthof" ja genug aus; ist halt unheimlich Cool & Punk einer Frau live im Fernsehen zu sagen "Du gehörst doch nur mal ordentlich in den Arsch gefickt!"
Wir haben keine Ahnung auf welche Szene sich HbW, ZAP, APPD, diverse andere Gruppen mit sexistischen Texten und Gebaren (Terrorgruppe, Kassierer, Becks Pistols) etc... etc... beziehen; Als autonome und anarchistische Frauen und Männer können wir aber ganz klar sagen : Unsere Szene ist das garantiert nicht!
Eine genauere Auseinandersetzung mit dem Thema Sexismus in irgendwelchen "Teil"-Szenen würde wohl den Rahmen dieses Flugis bei weitem sprengen, ist aber doch wohl sehr wichtig - deshalb werden wir wohl in der nächsten Zeit dazu nochmal etwas Ausführlicheres veröffentlichen.

Zurück aber zu HbW: Wir wollen hier zum Schluß nochmal ausführlicher auf das besagte **Flugi von HbW, Juni 1995,** eingehen. Es ist das akuellste was wir von ihnen haben, und an Dreistigkeit und Verlogenheit wohl kaum zu überbieten.

**Einige Zitate - einige Kommentare:**

*"Einige verkrachte Existenzen haben aus ihrem armseligen Polit-Ghetto heraus augenscheinlich nichts anderes zu tun, als bloße, in der sogenannten "Szene" kursierende Gerüchte zur Grundlage zu nehmen, uns (...)dauerhaft vehement anzugreifen"*
*"Offensichtlich sitzen sie - ohne es selbst überrhaupt zu merken - noch jedem sogenannten antipatriachalen Irrglauben auf..."*

Abgesehen von der Wortwahl - von der CDU abgeschaut oder was? - ist daß ja wohl ein unglaubliches Teil. Es geht in der 2 jährigen Ausseinandersetztung nicht um "kusierende Gerüchte", sondern um ganz konkrete in unzähligen Flugis, Berichten und Einlassungen von HbW selbst dokumentierten Tatsachen. Ihr Verhalten während und nach dem Flora Konz, ihr Verhalten in der Vergewaltigungsdiskussion, ist von verschiedenen Seiten (auch von ihnen) dokumentiert und zwar in mittlerweile ordnerfüllender Stärke. Wenn sie hier platt und pauschal von "Gerüchten" reden, so ist das eindeutig ein plumper Versuch die Leute, die die Ausseinandersetztung eben noch nicht 2 Jahre mitkriegen, zu belügen.
Der "sogenannte antipatriachale Irrglaube" schlägt dann dem Faß endgültig den Boden aus; hier wird suggeriert, es gäbe nicht die geringste Notwendigkeit, sich mit sexistischen Strukturen in verschiedenen Bereichen verschiedener Szenen auseinanderzusetzen. Solche platten Verunglipfungen berechtigter Thematisierung von Sexismus innerhalb gewisser, sich ach-so-emanzipatorisch gebender Zusammenhänge ist ein allseits beliebtes Pauschal-Argument, sich nicht mit den eigenen Sexismus, Mackertum, männlicher Gewaltausübung gegen Frauen, etc. auseinandersetzten zu müssen.
Antifa - ja! Antira - ja! Ein bischen gegen den bösen Staat! Antikapitalistisch - Ein bischen, mensch verdient ja mittlerweile auch ganz gut... Antisexistisch - ey, Quatsch, ey, sind wir doch eh... Oder wie?

*"Die Mitglieder von HbW sind antisexistisch!"*

Unter dieser Überschrift kommt dann nicht viel mehr als die bloße Behauptung, daß das nunmal so ist rüber. Wir wollen hier auch überhaupt nicht auf die einzelnen ursprünglich kritisierten Inhalte eingehen. Einige von uns, Männer, welche diesen Aufruf nun mittragen, haben die konkret kritisierten Sketche nicht als sexistisch empfunden, eher als platt, schlecht oder sonstwas, und eventuell haben einige von uns auch jetzt zu den Sachen an sich keine klare Aussage parat, so nach dem Motto: "das ist für uns persönlich 100% sexistisch" - Aber darum geht es auch überhaupt nicht mehr! Seit wann definieren Typen was Frauen sexistisch finden (dürfen) und was nicht?
Vielmehr als um das Programm geht es um euer arrogantes Nichtverhalten zu den Scheißsprüchen aus dem Publikum, um eure Rechtfertigungen diesbezüglich.

Denkt Mensch jetzt an dieser Stelle des HbW-Flugis schon, es könnte nicht mehr dümmer und schlimmer werden, kommt folgender Absatz, den wir hier ganz abdrucken wollen:

*" - In der Gruppe HbW gibt es keinen sogenannten "Vergewaltiger"!*
*Das Gerücht einer angeblichen Vergewaltigung kam als vorläufiger Gipfelpunkt der Anti-HbW-Hetzkampagne im Mai 1994 auf. Das Gerücht ist aus der Luft gegriffen und völlig unhaltbar. Nur noch einige kleine, sogenannte "anti-sexistische" Splittergruppen schenken dem Gerücht Beachtung. Zudem ist kein Verfahren anhängig, öffentliche Anklage wurde nicht erhoben, die Vorwürfe halten für jeden vernünftig denkenden Menschen keiner objektiven Prüfung stand."*

Selbst die ausschließlicher Berücksichtigung der HbW-Papers der letzten 2 Jahre, entlarven die erneute "Gerücht-Argumentation" als Propagandalüge. Es erfolgt keine Auseinandersetzung mit früheren Diskussionen innerhalb der Band (sexueller Mißbrauch - Vergewaltigung), keine Erwähnung der "Privatsache"-Argumentation, Wollis Stellungnahme gibt es wohl laut diesem Flugi nicht, und es soll auch niemenschem mitgeteilt werden, daß es sowas gibt... Taktische Lügen und Weglassungen - mehr ist da nicht.
Weiterhin ist die Behauptung "nur noch einige wenige, sogenannte "antisexistische" Splittergruppen..." echt oberdreist:
interim, ZEK, radikal, und zig andere autonome und linke Blätter, bundesweit sauviele Männer- und Frauenlesben-Guppen, bundesweit fast alle organisierten Antifa/Fantifa-Zusammenhänge, keine politische

Zentren, Kneipen, etc. wo HbW noch spielen könnten -
Und sie reden von kleinen Splittergruppen, wir sparen uns hier jeden weiteren Kommentar...
Zum Thema: "Es ist kein Verfahren anhängig" (d.h. die Frau hat keine Anzeige bei Bullen/Staatsanwaltschaft erstattet):
Es wirft ein bezeichendes Licht auf das allgemeine Politikverständnis von HbW wenn sie das BGB (Bürgerliches Gesetzbuch) zum Maßstab der Dinge machen. Schon in "normaler" Hinsicht eine blumige Phantasie: HbW haben sich ja irgendwann mal - vielleicht tun sie das ja auch immer noch - auf die Linksautonome Scene bezogen; ist es da üblich bei den Bullen irgendwelche Anzeigen zu erstatten? Z.B. wenn mensch von Faschos oder anderen Bullen auf'n Deckel kriegt? Ist es das, was HbW so linksradikal und plakativ auf "Terroristen-Touren" und neben ihren platten Bullen- u. Justizverhöhnungen propagiert: Wenn es dann persönlich an den Kragen geht - "Herr Wachtmeister, die böse Glatze hat mir aua gemacht? Ist es das, was HbW damit sagen will? Na Mahlzeit - Terroristen!
So richtig zynisch wird es aber erst bei dem Thema Vergewaltigung: Haben sich die Macker von HbW noch nie den Kopf darum gemacht, wie das abläuft wenn eine Frau eine Vergewaltigung anzeigt, wenn sie widerlichen sexistischen Bullen, beschissenen RichterInnen und StaatsanwältInnen (Denn auch die "Innen" in dieser Funktion sind oft stockkonservativ und scheiße und nicht automatisch okay) wieder und wieder den ganzen Kram erzählen muß, wenn sie als Opfer beweisen muß nicht "mitverantwortlich" und lauter so einen Scheiß zu sein... Wir denken schon daß HbW ein Stück weit wissen wie sowas abläuft, es ist ihnen halt eben nur scheißegal, bzw. sie gehen ja her und nutzen es skrupellos für ihre Zwecke.
Es hat die letzten Jahre/Jahrzehnte bei ähnlichen Vergewaltigungen innerhalb der Szene (autonome, damit mal nicht offen bleibt welche) selten Anzeigen gegeben, aus verschiedenen, nachvollziehbaren Gründen, die beiden wichtigsten wohl:

- keine Einlassung der Frauen auf die entwürdigenden Prozeduren bei Bullen und Gerichten.
- Die Ablehnung, die eigenen Interessen vor der ansonsten bekämpften Drecks-Justiz zu vertreten.

Dies wird wohl auch weiterhin so sein, und gerade deshalb ist ein breiter Umgang mit Sexisten, Vergewaltigern und Täterschützern (-Innen gibt's da ja seltener aber menschmal doch) wichtig, ihr öffentlich machen, ihr Ausgrenzen aus allen sich politisch emanzipatorisch bezeichnenden Zusammenhänge (ohne Relativierung gegen Faschismus, Rassismus, Kapitalismus und Sexismus!).
Keine Meinung, Nichtverhalten, schwamminges Differenzieren, gibt es da ebensowenig, wie ein bischen Fascho, ein bischen Vergewaltiger.

**Und nun:**

Wir haben am 06.02.1996 die Veranstalter angesprochen und ihnen Material zu HbW übergeben.
Es folgte eine kontroverse aber sachliche Diskussion mit Carsten Labudda. Er räumte ein, daß er fast ausschließlich Stellungnahmen von HbW kennt. Es wurde vereinbart, daß er sich das Material von uns anschaut (einiges weitere wollen wir ihm noch zukommen lassen) und daß mensch sich am Sonntag, 11.02.96, ca. 20:00 Uhr, dort im Cafe Central trifft und über die Sache weiterredet (Wer Interesse hat, kann da ja auch hinkommen).
Allerdings sagte er uns auch vorab, daß er, egal was noch so läuft, das Konz nicht absagen will. Er begründete dies mit Unkosten, welche ev. aus einer Vertragsauflösung für ihn entstünden und damit, daß in Frankfurt und Kaiserslautern dafür schon plakatiert sei.
Er schlug vor, vor dem Konz eine Diskussion mit HbW zu machen - aufgrund der Erfahrungen in der Vergangenheit (Exzess FFM, VEB laut &lästig) in welchen HbW immer nur gebetsmühlenartig ihre aus den Papers bekannten Positionen vertraten, haben wir daran überhaupt kein Interesse.

Wir möchten hier jetzt alle Menschen, Gruppen, Zusammenhänge die zu HbW eine klare Meinung haben und ein Konz dort scheiße finden auffordern, dies so schnell wie möglich den Leuten dort mitzuteilen:

Veranstalter HbW-Konzert
c/o Cafe Central
Bahnhofstraße 19
69469 Weinheim

Teilt ihnen mit, daß HbW lügen, wenn sie von "kleinen, sogenannten antisexistischen Splittergruppen" schreiben. Zur Kontrolle wäre es gut das auch (ev. gesammelt) uns mitzuteilen, damit wir wissen, wer und wieviele uns unterstützen.

# GEGEN FASCHISMUS - RASSISMUS - KAPITALISMUS & SEXISMUS

---

# Kein HbW-Konzert am 15. März 96 in Weinheim!
# KEINE KONZERTE MIT SEXISTEN VERGEWALTIGERN UND TÄTERSCHÜTZERN!

einige autonome / anarchistInnen südhessische bergstraße

Kontakt:

GdF
c/o Infoladen Moskito im AZ
Alte Bergheimer Str. 7a
69115 Heidelberg

V.i.S.d.P.:
Zora Rot, Darmstädter Str. 340,
64625 Bensheim


aktuell
Wecker stellen
28. 2.
29.
Hurra!
Hossa!
Chaos
Tage
Berlin
Bringt mehr Polizei mehr Sicherheit?
Mode, Marmor, Glas und Licht -
Der Haß
Eat the Rich!
am 29.Februar: Eröffnung der Galerie Lafayette in der Friedrichstraße
am 28.Februar : Gala-Diner für die Bonzen am selben Ort
Alles kaputt
Caputh?
Berlin: Vive le chic: Galeries Lafayette
- Lafayette in Berlin
Am 29. Februar eröffnen die Galeries Lafayette. Doch die Friedrichstraße ist bis auf weiteres ein schwieriges Pflaster
„Da tickt eine „Zeitbombe"
CHAOS
STATT
SICHERHEIT
„Wir sind vor Wut kaum zu halten!"
Kommentar
Haltet den Jubel bitte in Grenzen!
Kaufen wie reiche
Hauptstädter erwarten Pariser Chic
»Ohne Haß kannst du nicht leben«
Mit voller Härte im Einsatz

Veranstaltung von

**Colpo**

anarchistische Medien- und Aktionswerkstatt

## Irgendwann Irgendwie Irgendwo Hafenstr. die gewonne Schlacht?

1981 wurden 8 Häuser in der Hafenstr./Hamburg besetzt, Januar 1996 wurden die Hafenstr. Häuser an die Genossenschaft "Alternativen am Elbufer" verkauft. Vom autonomen BesetzerIn zur Wohnungsbaugenossenschaft.

Videofilm auf Großleinwand

*In der Nacht vom 11. zum 12. Npovember 1987 werden in der Hafenstraße Barrikaden gebaut. Die Regierenden hatten die Räumung der acht Häuser beschlossen. Ein Vertrag schien unerreichbar. Es folgten sechs Tage zwischen Barrikaden, mit einem eigenen Radiosender und einer Welle der Solidarität.- Erfahrungen in einem "befreiten Gebiet"- Am siebten Tag werden die Barrikaden abgebaut, und mit Ihnen ein Stück unserer Identität. Wir hatten einen Vertrag durchgesetzt, einen Vertrag, den kein "normaler" Mieter unterschrieben hätte.."*

Das Video zeigt die Chronologie der Ereignisse von Januar 1987 bis zum Barrikadenbau im November und die Barrikadentage bis zum Vertragsabschluß.

In einer weiteren Videocollage werden die Ereignisse von 1988 bis heute aufgezeigt. Die zahlreichen Räumungsversuche und Kampagnen, die 1990 einen Höhepunkt fand als die Polizei und BGS die Hafenstr. stürmten und durchsuchten ("Schaltzentrale der RAF"). Daneben werden in der Collage Teile der Diskussionsprozeße der Hafenstr. BewohnerInnen vermittelt.

Abschluß 1996 bildet der Kauf dieser Häuser für 2 Millionen Mark vom Hamburger Senat.

**Montag. 19.02. um 21.00**

Veranstaltungsort:
**Cafe Cralle**, Hochstädter Str. 10A; Berlin-Wedding
S/U-Bahn Leopoldsplatz

Veranstaltung von

**Colpo**

anarchistische Medien- und Aktionswerkstatt

## Weder rechts noch links Was ist Anarchie

Eine etwas spöttische Videocollage über Anarchia und was daf[...] gehalten wird von der französischen Revolution bis zur Gegenwart.

Videocollage auf Großleinwand

Ein unhistorische Blick auf das was Anarchia ist od[...] behauptet zu sein und ein kurzer Abriß der verschiedensten Menschen und Aktionen von 1890 bis heute. Eines ist auf jeden Fall klar -Anarchia war, ist und wird es immer sein -Lebenslust und Lebensbejahung.

**Dienstag. 20.02. um 21.0[...]**

Veranstaltungsort:
**El Locco**, Kreuzbergstr. 43, 10965 Berlin
S/U-Bahn Yorckstr.

Veranstaltung von

**Colpo**

anarchistische Medien- und Aktionswerkstatt

## Anarchia - die Perspektive und Utopie

Im linken Lager existiert eine postmoderne Radikalpolitik [...] ein Zurück in die Zukunft des Autoritären. Wo liegen heute Perspektiven und Utopien der Anarchia

Referat und Diskussion

Die libertären, anarchistischen Lebensauffassun[...] entwickeln sich immer mehr zu postmodernen Auff[...]sungen, die zum Teil reformistisch sich ausrich[...] oder die sich postmodern auffassen im Sinne von "Alles ist erlaubt, nichts ist zu verantworten" Sie sind kaum noch von der bürgerlichen Unverbindlichkeit und dem privaten Egoismus des Mark[...] zu unterscheiden.

Eine Selbstbestimmung und Selbstverantwortung Herrschaftsfrei, Selbstbestimmung und Gleichbedeutung jedes Menschen ist zum größten Teil nur noch Luftblasen. Im Gegenteil, eine Betätigung [...]nerhalb von autoritären Staats-, Arbeits- und Familienstrukturen wird heute politisch oftmals als der lange Marsch zur Revolution angepriesen

Wo liegen aber mögliche Perspektiven und Utopi[...] der Anarchia? Ist inzwischen die eigene, mensch[...]che und selbstbestimmte Bewußtseinsrevolution d[...] Konsum-, der Konkurenz-, der BürgerInneninitiat[...]ven gewichen.?

Anarchia nur noch als Etikett? - dann lieber g[...] nicht.

**Dienstag. 20.02. um 19.00**

Veranstaltungsort:
**El Locco**, Kreuzbergstr. 43, 10965 Berlin
S/U-Bahn Yorckstr.

[...]ie sind die erfolgreichsten HipHopper Italiens. [U]nd haben doch nichts von ihrem Kampfgeis [g]egen Spekulanten, Präfaschisten, Korruption [u]nd selbsternannte Saubermänner verloren, be[s]tehen auch darauf, dass rote Bürokratien, wie in [B]ologna, oder Grüne, wie in Rom, nicht unbe[d]ingt das Heil Italiens, geschwelge denn der Welt [b]edeuten. Mit ihrem HipHop setzen sie sich für [A]usgegrenzte ein, in Italien, in der Schweiz, in [D]eutschland; für Drogenabhängige, Ausländer[i]nnen und Ausländer - woher sie auch kommen, [f]ür Obdachlose, für Gefangene. Und dahinter [s]teht ein Konzept.

# «Piombo A Tempo»: Politischer HipHop gegen Kommerz-Kultur

**SA. 17.2. K.O.B.**

POTSDAMERSTR. 157 - SCHÖNEBERG

(dh) Piombo A Tempo» heisst eine der bekanntes en norditalienischen HipHop-Gruppen. «Piombo A Tempo», was Italienisch-umgangssprachlich soviel heisst wie «Just In Time», «Im richtigen Moment», wie Fumo, einer der Musiker der Band dem nur mangelhaft Italienisch sprechenden Journalisten erklärt. «Im richtigen Moment», weil es damals, vor zwei Jahren, als sich die seit fünf oder sechs Jahren bestehende Gruppe umbenannte, der richtige Zeitpunkt war, gewisse Dinge auszusprechen, zu thematisieren im sogenannt neuen Italien, das über weiteste Strecken natürlich das alte, korrupte, manchmal auch faschistisch angehauchte geblieben ist.

LICHTBLICK-KINO
WOLLINER STR. 19 berlin

| | | |
|---|---|---|
| 17.02. | 19.30 Uhr | Brazil |
| 18.02. | 19.30 Uhr | Brazil |
| | 22.00 Uhr | Brazil |
| 19.02. | 20.00 Uhr | Brazil |
| 20.02. | 20.00 Uhr | Land and Freedom OmU |
| | 22.00 Uhr | Land and Freedom OmU |
| 21.02. | 20.00 Uhr | Land and Freedom OmU |
| | 22.00 Uhr | Land and Freedom OmU |
| 22.02. | 20.00 Uhr | Land and Freedom OmU |
| | 22.00 Uhr | Land and Freedom OmU |
| 23.02. | 20.00 Uhr | Land and Freedom OmU |
| | 22.00 Uhr | Land and Freedom OmU |

# Vom Kaiserheer zur Bundeswehr

**- Die Geschichte der deutschen Militärjustiz gestern und heute -**

**Seminar am 17.02.1996 im Alten Rathaus Potsdam, Am Alten Markt 1**

## *Programm / Ablauf:*

| | |
|---|---|
| 10 Uhr | Eröffnung |
| | Ludwig Baumann, Wehrmachtsdeserteur<br>Birgit Müller, Stadtprasidentin der Stadt Potsdam |
| 10.15 -13 Uhr | Deutsche Militärjustiz vor 1933 und im Nationalsozialismus |
| Referent: | Prof. Manfred Messerschmidt, Militärhistoriker |
| 13 -15 Uhr | Mittagspause |
| | und Pressegesprach mit dem Friedensnobelpreis-Kandidaten |
| | Ludwig Baumann, Vorsitzender der Bundesvereinigung<br>Opfer der NS-Militärjustiz |
| 15-17.30 Uhr | Zur Aufarbeitung der Wehrmachtsjustiz in der Bundesrepublik<br>- Die Bestatigung des Angriffskrieges - |
| Referent | Helmut Kramer, Richter am Oberlandesgericht Braunschweig a.D. |
| 17.30 -19 Uhr | Abendbrot |
| 19 -21 Uhr | „Militärjustiz" und Wehrdisziplinarordnung in der Bundeswehr |
| Referent: | Detlev Beutner, Totalverweigererinitiative Braunschweig |

Von der Veranstaltung wird ein Reader gefertigt, der die Referate (in gekürzter Fassung) und Pressereaktionen enthält.

**veranstaltet von:**



**Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär**
14467 Potsdam, Lindenstraße 53
Tel. 0331/280 50 83 - Fax 0331/270 87 28



Freie Initiative für politische Pädagogik e.V.
Lindenstr. 53 14467 Potsdam
Tel. 0331/28 00 786
Fax. 0331/23 20 92

**gefördert durch die Landeszentrale für politische Bildung des Landes Brandenburg**

---

**die Helden vom Grunewald:**
**3x black music**

# dub

**soli**

# party

**16.2.96**
**freitag**
**zwanzig uhr**
**lottumstr.10a**
**bandito rosso**

---




---

**ANtifaschistische NAchrichten Saar** **Nr.2[illegible]**
**Feb-April 9[illegible]**
**3 D[illegible]**

*aus dem Inhalt*

**Schwerpunkt: Frauen vor dem Hintergrun[d] von Flucht und Migration in Deutschland Interviews und Berichte ★**

**Aktuelle Situation im türkischen Staat ★**
**Prozeß gegen Ursula M. ★**
**Siegerjustiz gegen Monika Haas, Christel Fröhlich und Magdalena Kopp ★**
**...**

**ANtifaschistische NAchrichten Saar ★ Landwehrplatz 2 ★ 66111 Saarbrücken ★ 0681/3908863 ★ Einzelheft 3,- DM + Porto 6 Ausgaben kosten 27,- DM (incl. Porto) ★**

---

*Größenwahn*
Kinzigstr. 9 HinterHaus
10247 Berlin- Friedrichshain
Tel. 291 80 83 oder 294 76 88

**Samstag, 17.2. 96**
**15.00 - 20.00 Uhr**

**Kaffee und Kuchen** im Café Größenwa[hn]
und um
**16.30 Uhr**
**Film: „Diva"**
(Eintritt frei, Spenden erwünscht)

# Abschiebehaft und Widerstand

## Die „Elwe"-Revolte in Kassel und ihr juristisches Nachspiel.



Im Juli 1994 fand in dem Kasseler Knast „Elwe" eine Revolte von vierzig, überwiegend algerischen Abschiebehäftlingen statt. Sie nahmen einen JVA- Beamten als Geisel und forderten den freien Abzug ins Ausland. Tags darauf wurde dieser Aufstand von einer GSG9- Einheit niedergeschlagen. Die Gefangenen wurden in den folgenden Tagen in einer anderen Kasseler JVA von den dortigen Schließern mißhandelt. Im Oktober 1995 wurden die letzten Algerier wegen der Beteiligung an der Revolte zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Anfang diesen Jahres sind 12 JVA- Beamte wegen der Mißhandlungen angeklagt wurden.

In der Veranstaltung wird über den Verlauf der Revolte, die Bedingungen der Abschiebehaft in Kassel, die nachfolgenden Prozesse und die Mißhandlungen der Gefangenen durch Schließer informieren. Die Frage ist, wie linke, antirassistische Gruppen Widerstand in den Abschiebeknästen unterstützen können. Zur Einführung wird der Film „Abschiebehaft in Wehlheiden" gezeigt, in dem es um die Situation in diesem Kasseler Knast geht.

**Veranstaltung mit Leuten aus Kassel und der Ini gegen Abschiebehaft, Berlin**

**am 16.2.96 um 19.30 Uhr im EX, Gneisenaustraße 2a, U-Bf. Mehringdamm**